

"Die Stimme der Bürger - unser Programm!"

# Wahlprogramm

---

**Zur Landtagswahl**

**am 13. März 2016**

**"Wir für unsere Heimat"**



**Impressum:**

AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt

PF 33 02 41

39047 Magdeburg

E-Mail: [info@afd-lsa.de](mailto:info@afd-lsa.de)

URL: [www.afd-lsa.de](http://www.afd-lsa.de)

URL: [www.facebook.com/SachsenAnhalt.AfD](https://www.facebook.com/SachsenAnhalt.AfD)

**Bankverbindung:**

IBAN:DE82 80053762 1894 044912

BIC: NOLADE21HAL

Bank: Saalesparkasse Halle

## INHALTSVERZEICHNIS

PRÄAMBEL .....	1
<b>1. FAMILIENPOLITIK .....</b>	<b>5</b>
1.1 Familie stärken .....	5
1.2 Familienförderung und demographische Entwicklung .....	5
1.3 Auswirkungen staatlichen Handelns auf Familien prüfen .....	6
1.4 Freistellung von Kita-Gebühren ab dem 4. Lebensjahr .....	6
1.5 Wahlfreiheit der frühkindlichen Betreuung .....	6
1.6 Kein Kindergeld für im Ausland lebende Kinder .....	7
1.7 Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familien-splitting .....	7
1.8 Tatsächliche Beitragsfreiheit der Kinder in den Sozial-versicherungskassen .....	7
1.9 Erleichterung früher Familiengründung - Förderung des Modells „Studieren mit Kind“ .....	8
1.10 Modellprojekte zur familienfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsalltages .....	8
1.11 Gegen Früh- und Hypersexualisierung in Kindergarten und Schule .....	9
1.12 Gegen die Gleichstellung der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft .....	9
1.13 Förderung familienunterstützender, haushaltsnaher Dienstleistungen ....	9
1.14 Erlebnis- und Kreativraum für Jugendliche .....	10
1.15 Hausunterricht .....	10
1.16 Medizinische und pflegerische Versorgung .....	11
<b>2. BILDUNG .....</b>	<b>13</b>
2.1 Die Eigenart unseres Bildungswesens erhalten! .....	13
2.2 Schulische Bildung allgemein .....	14
2.3 Grundschule .....	14

2.4 Sekundarstufe I und II.....	15
2.5 Förderschule / Inklusion .....	16
2.6 Berufliche Bildung und Weiterbildung .....	17
2.7 Hochschule und Wissenschaft .....	17
2.8 Kulturpolitik.....	20
<b>3. ZUWANDERUNG, ASYL UND INTEGRATION.....</b>	<b>23</b>
3.1 Zuwanderung .....	23
3.2 Integration .....	28
3.3 Identität .....	30
<b>4. Wirtschafts-, Finanz- und Mittel-standspolitik, Energie- und Verkehrs-politik/ Politik für den ländlichen Raum .....</b>	<b>33</b>
4.1 Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	33
4.2 Mittelstandspolitik .....	34
4.3 Energiepolitik .....	37
4.4 Verkehrspolitik.....	40
4.5 Straßenwesen .....	41
4.6 Kommunale Verkehrsstrukturen .....	42
4.7 Politik für den ländlichen Raum .....	43
4.8 Förderung der Landwirtschaft.....	46
<b>5. Verwaltung, Innere Sicherheit, Recht .....</b>	<b>51</b>
5.1 Verwaltung.....	51
5.2 Innere Sicherheit.....	52
5.3 Recht.....	57
5.4 Direkte Demokratie.....	58
<b>Wahlaufruf .....</b>	<b>64</b>

# PRÄAMBEL

Sachsen-Anhalt ist ein reiches Land - reich an Menschen mit gesundem Verstand, reich an weiten unverbauten Landschaften und unerschöpflich reich an Geschichte. Die Altmark gilt als die Wiege Preußens. Die Reformation nahm ihren Ausgang in Wittenberg. In Magdeburg hatte das frühe römisch-deutsche Kaiserreich sein geistig-politisches Zentrum. Mit den Merseburger Zaubersprüchen kommen die bekanntesten Sprachdenkmäler des Althochdeutschen aus Sachsen-Anhalt. In keinem anderen Bundesland herrscht eine solche Dichte an Denkmälern von nationaler Bedeutung. Nirgendwo liegen so viele Wurzeln deutscher Geschichte wie hier. Wir sind stolz auf Sachsen-Anhalt!

Unsere herausragende Geschichte aber steht in traurigem Widerspruch zur heutigen gesellschaftlichen Lage: Sachsen-Anhalt leidet unter hoher Arbeitslosigkeit. Einstige Zentren der Industrialisierung gelten heute als strukturschwache Problemregionen. Der ländliche Raum verödet zusehends. Unsere schönen Landschaften werden durch Windräder verschandelt. Die zügellose Masseneinwanderung bedroht unseren bescheidenen Wohlstand und unseren inneren Frieden. Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde.

All das ist nicht nur das Ergebnis von 40 Jahren sozialistischer Diktatur, es ist vor allem die Schuld der heutigen Politik. Einer Politik, die mit gekrümmtem Rücken fremde Vorgaben erfüllt, anstatt sich aufrichtig für die Interessen unseres Landes einzusetzen; einer Politik, die im Zeitgeist gefangen ist und weder Mut noch Phantasie aufbringt, die Dinge einmal anders zu sehen; einer Politik die nur noch Missstände verwaltet, anstatt unsere Zukunft schöpferisch zu gestalten.

Wir, die Alternative für Deutschland, sind angetreten, genau das zu ändern! Wir haben den Mut, uns vorrangig für die Interessen unseres eigenen Landes einzusetzen. Dem linken Zeitgeist halten wir unseren gesunden Menschenverstand und unsere Heimatliebe entgegen. Wir wollen die Zukunft aktiv gestalten, statt nur miserable Zustände zu verwalten.

Wir haben uns die Demokratie in der friedlichen Revolution von 1989 erkämpft, um sie mit Leben zu füllen, und nicht, um miterleben zu müssen, wie sie langsam aber stetig vergeht. Wir wenden uns deshalb mit Nachdruck gegen eine technokratische Politik, die demokratische Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten abbaut, Menschen bevormundet und sich von oben herab für „alternativlos“ erklärt. Die Stimme der Bürger ist unser Programm! Das heißt auch: Wir dürfen die Politik nicht einer Kaste von abgehobenen Berufspolitikern überlassen. Die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung, insbesondere der direkten Demokratie, hat für uns hohe Priorität. Wir wollen Sachsen-Anhalt zur Schweiz der Bundesrepublik Deutschland machen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Freistaat Anhalt und der preußischen Provinz Sachsen gebildet, verband sich mit unserem Land für kurze Zeit die Hoffnung auf eine demokratisch-bürgernahe Entwicklung, bis es der Zentralisierungswut der DDR zum Opfer fiel. Umso wichtiger sind uns Föderalismus und Subsidiarität, die heute durch den Brüsseler Zentralismus und eine ausufernde EU-Bürokratie bedroht werden. Wir wollen unser in der deutschen Einheit wiedererwachtes Sachsen-Anhalt nicht in einem Moloch namens EU untergehen sehen. Wir streben deshalb einen freien Bund souveräner Nationalstaaten innerhalb Europas an – ein Europa der Vaterländer.

Ebenso haben wir uns 1989 das Recht auf Meinungsfreiheit nicht erkämpft, um es anschließend auf dem Altar einer abstrusen „politischen Korrektheit“ zu opfern. Nur, wenn wir als mündige Bürger frei über alle Probleme und Zukunftsfragen diskutieren können, ist gewährleistet, dass wir auch die besten Lösungen finden. Deshalb treten wir Meinungsmonopolen und Meinungsmanipulation auf allen Ebenen entschieden entgegen. Wir sind uns bewusst: Freiheit will stets aufs Neue erkämpft und verteidigt werden. Sie ist wie ein Muskel, der verkümmert, wenn er nicht gefordert wird.

Freiheit stärkt ein Gemeinwesen aber nur dann, wenn sie ihre Grenzen kennt und zum Wohle des Ganzen gebraucht wird. Ein gesunder Patriotismus und Heimatverbundenheit garantieren, dass Freiheit nicht in Zerstörung mündet. Deshalb wollen wir jenseits der heutigen Denkverbote die Stärkung und Pflege unserer regionalen und nationalen Identität sowie

die Erziehung zu sozialer Verantwortung zur Aufgabe der Politik machen: an den Schulen, in den Kulturreinrichtungen, vor allem auf lokaler Ebene.

Zur Bewahrung und Förderung unserer vielfältigen National- und Regionalkultur gehört auch, dass wir die ungezügelte Masseneinwanderung sofort stoppen und von den hier bereits ansässigen Einwanderern konsequent einfordern, dass sie unsere kulturellen Standards respektieren, die gesellschaftlichen Regeln befolgen und sich aktiv in unser historisch gewachsenes Gemeinwesen einfügen.

Unsere Politik achtet den Menschen so wie er ist – mit seinen ethnisch-kulturellen, aber auch geschlechtlichen Identitäten. Wir wehren uns gegen lebensfremde Gesellschaftsexperimente, die den Wandel der Geschlechterrollen manipulieren und einen neuen, geschlechtsneutralen Menschen erschaffen wollen.

Das höchste Ziel unserer Politik ist, den Nutzen unseres Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Wir nehmen es nicht hin, dass für die Rettung von Banken oder für hunderttausende von Wohlstandsflüchtlingen Milliarden und Abermilliarden hart erarbeiteter Steuergelder ausgegeben werden, während Schulgebäude jahrelang auf ihre Sanierung warten, die Schlaglöcher auf unseren Straßen immer größer werden und um jeden Euro für eine nötige Strukturförderung gefeilscht werden muss.

Wir bekennen uns zu öffentlicher Sparsamkeit, dem Ziel eines ausgeglichenen Landeshaushalts und einer Mittelverwendung im Sinne der Bürger. Die herrschenden Blockparteien geben nicht nur zu viel Geld aus, sie verschleudern es vor allem in sinnlose Projekte. Genauso wichtig wie die Tugend der Sparsamkeit sind für uns die richtigen Prioritäten beim Einsatz der vorhandenen Mittel und Kapazitäten.

Wir werden als politisch Verantwortliche die Sorgen und Wünsche der Bürger ernst nehmen und ihre Anliegen offensiv in den Parlamenten und Gremien vertreten. Wir stehen für eine neue, gemeinwohlorientierte Politik im Dienste unserer Heimat Sachsen-Anhalt. Doch auch wir können keine Wunder vollbringen. Die Schäden, die eine verderbliche Politik in Jahrzehnten angerichtet hat, lassen sich nicht in wenigen Jahren beseitigen. Wir können aber die Richtung wechseln.

Liebe Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts, für diesen politischen Richtungswechsel zum Wohle Sachsen-Anhalts werden wir uns mit aller Kraft und Leidenschaft einsetzen. Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre und freuen uns, wenn unser Programm ihre Zustimmung findet – es ist für niemand anderen als für Sie verfasst worden.

André Poggenburg, Landesvorsitzender der AfD Sachsen-Anhalt

# **1. FAMILIENPOLITIK**

## **1.1 Familie stärken**

Die Familie ist gemäß Art. 6 des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft, um die sich alle weiteren Gesellschaftsbereiche entwickeln. Daher muss eine gestaltende Politik ihr Zentrum in der Familienpolitik finden. Diese muss stets primär die traditionelle Familie im Fokus haben und darf nicht über die Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik definiert werden.

Allen Versuchen, den ursprünglichen Begriff „Familie“ auf weitere Gemeinschaften auszudehnen und so den grundsätzlich garantierten Schutz der Familie zu relativieren, treten wir entschieden entgegen.

Die Familie ist als Keimzelle der menschlichen Gesellschaft auf die Weitergabe von Leben ausgerichtet und schafft Zusammenhalt, der durch die Eltern und Großeltern vermittelt wird. Familie wird in besonderem Maße der Natur des Menschen gerecht, da der Mensch zur Gemeinschaft bestimmt und auf Liebe, Fürsorge, Erziehung und Pflege angewiesen ist.

Familien stärken bedeutet Gesellschaft stärken! Das will die AfD Sachsen-Anhalt.

## **1.2 Familienförderung und demographische Entwicklung**

Wir sorgen uns darum, dass in Sachsen-Anhalt die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten übersteigt (negativer Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung). Dies liegt vor allem an der niedrigen Zahl von Geburten, die sich in der Fruchtbarkeitsrate von nur rund 1,4 Kindern pro Frau ausdrückt.

In Anbetracht der geringen Geburtenzahlen kann die bisherige Familienpolitik nur als gescheitert bezeichnet werden. Wir möchten junge Menschen wieder ermutigen, Familien zu gründen. Hierzu sind eine familienfreundlichere Politik und eine Besserung des dahingehenden gesellschaftlichen Klimas Voraussetzung.

### 1.3 Auswirkungen staatlichen Handelns auf Familien prüfen

Wir fordern, dass zukünftig sämtliches staatliches Handeln (Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsakte etc.) auf Auswirkungen und Verträglichkeit gegenüber Familien überprüft wird und bei der Umsetzung entsprechend Berücksichtigung findet.

### 1.4 Freistellung von Kita-Gebühren ab dem 4. Lebensjahr

Für Kinder ist es wichtig, im Kontakt mit anderen Kindern aufzuwachsen. Kindertagesstätten unterstützen und fördern das Erlernen sozialen Verhaltens. Zudem führen sie Kinder spielend aber zielgerichtet an die Schule heran. Für viele Kinder eröffnen Kindertagesstätten Bildungschancen, die sich sonst nicht ergeben würden. Daher soll der Besuch von Kindereinrichtungen ab dem 4. Lebensjahr in Sachsen-Anhalt kostenlos sein.

### 1.5 Wahlfreiheit der frühkindlichen Betreuung

Wir setzen uns dafür ein, dass Eltern frei zwischen einer Kinderbetreuung im Elternhaus oder in der Kindertagesstätte wählen können. Nur diese Wahlfreiheit garantiert, dass jede Familie die für sie optimale Betreuungsform findet. In jedem Fall ist eine angemessene Qualität der Kinderbetreuung sicherzustellen. Dafür sind in Kindertagesstätten entsprechend niedrige Betreuungsschlüssel erforderlich, die eine dem Kindeswohl angemessene intensive Betreuung und frühkindliche Bildung ermöglichen. Der Betreuungsschlüssel für die unter Dreijährigen in den Kindertagesstätten soll auf 1:3 gesenkt werden. Hierzu ist ausreichend qualifiziertes Fachpersonal notwendig. Die AfD Sachsen-Anhalt fordert daher, die Ausbildungsstandards im sozialpädagogischen Bereich wieder deutlich zu erhöhen.

Das Kindergeld ist hauptsächlich eine Rückerstattung für Ausgaben, die das Kind verursacht hat. Wir sehen es als notwendig an, hier nachzubessern, um Familien zu unterstützen. Wir fordern eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes für die ersten drei Lebensjahre. Da die Bundesregierung für das Kindergeld zuständig ist, hier aber nicht handelt, muss die

Landesregierung reagieren und ein zusätzliches Landes-Kindergeld ausreichen.

## 1.6 Kein Kindergeld für im Ausland lebende Kinder

Nach geltender Rechtslage können EU-Bürger, die in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, für ihre nicht in Deutschland lebenden Kinder Kindergeld beantragen. Mit dieser Regelung wurde vor allem nach dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien Missbrauch getrieben. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass Kindergeld nur noch für in Deutschland lebende Kinder gezahlt wird. Außerdem soll der Kindergeldbezug bei Kindern im schulfähigen Alter an den Schulbesuch gebunden sein.

## 1.7 Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting

Wir treten dafür ein, dass das Familieneinkommen steuerlich auf alle Familienmitglieder aufgeteilt und entsprechend versteuert wird. Dieses Steuermodell schafft einen weiteren Anreiz zur Familiengründung. Wir werden uns für eine entsprechende Gesetzesinitiative der Landesregierung über den Bundesrat einsetzen. Das Ehegattensplitting als Besteuerung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft soll nicht angetastet werden.

## 1.8 Tatsächliche Beitragsfreiheit der Kinder in den Sozialversicherungskassen

Mit den Beiträgen zur Sozialversicherung wird bislang das gesamte Bruttoeinkommen der Familie ohne jegliche Freibeträge belastet. Darin sind auch die Unterhaltsansprüche der Kinder enthalten. Wir treten dafür ein, dass diese Unterhaltsansprüche vom Bruttoeinkommen abgezogen und die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf das entsprechend verminderte Einkommen bezahlt werden müssen. Dies erleichtert allen Sozialversicherungspflichtigen die Familiengründung und gibt den Arbeitgebern einen Anreiz Eltern zu beschäftigen.

## 1.9 Erleichterung früher Familiengründung - Förderung des Modells „Studieren mit Kind“

Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Familiengründung während Studium und Ausbildung stärker gefördert wird. Wer bereits den Fachhochschul- oder Hochschulabschluss mit Kind meistert, wird auch den Übergang in den beruflichen Alltag einfacher bewältigen.

Zur Realisierung des Modells „Studieren mit Kind“ wird die AfD sich für Hilfen und Beratung während Studium und Ausbildung (Kredit, Wohnung, Kinderbetreuung, Kinderzuschuss beim BAföG) sowie für eine flexiblere Ausgestaltung des Studien- und Ausbildungsverlaufs und verbesserte Möglichkeiten eines Fernstudiums einsetzen.

Wir fordern eine Willkommenskultur für den Nachwuchs der einheimischen Bevölkerung!

## 1.10 Modellprojekte zur familienfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsalltages

Die AfD setzt sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Insbesondere die langen Wege zur Arbeitsstelle und zum Kindergarten oder zur Schule kosten Zeit, die der gemeinsamen Familienzeit verloren geht. Wir wollen uns für Modellprojekte zur familienfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsalltags insbesondere in Kooperation mit der Wirtschaft einsetzen.

Generell müssen die Arbeitsbedingungen familienfreundlicher werden. Dazu müssen insbesondere auch in ländlichen Regionen und Dörfern Arbeitsplätze geschaffen werden. Die AfD setzt sich deshalb für Daten- statt Berufsverkehr ein. Eine flächendeckende Modernisierung der Netze macht es möglich, Büroarbeit großteils auch von zu Hause aus zu verrichten, so dass entsprechende Arbeitsplätze im strukturschwachen ländlichen Raum geschaffen werden können. Weiterhin wollen wir uns einsetzen für: flexiblere Kita-Öffnungszeiten, die Förderung kleiner privater Kindergärten (Tagesmutter-Konzept) sowie Mehrgenerationenprojekte, um jungen Familien die Kinderbetreuung zu erleichtern und älteren Menschen eine sinnvolle und erfüllende Tätigkeit zu ermöglichen.

## 1.11 Gegen Früh- und Hypersexualisierung in Kindergarten und Schule

Sexualkundeunterricht muss mit der körperlichen und seelischen Entwicklung von Kindern Schritt halten. Sie darf nicht zu früh ansetzen sondern gehört in die Zeit der Pubertät.

Das gesellschaftspolitische Experiment der Gender-Ideologie lehnen wir strikt ab, da es unserer Wertevorstellung entgegensteht.

## 1.12 Gegen die Gleichstellung der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft

Das Institut der eingetragenen Lebenspartnerschaft wurde geschaffen, damit auch gleichgeschlechtliche Paare eine eheähnliche Gemeinschaft eingehen und ihrem Verhältnis eine Rechtsform geben können.

Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist jedoch etwas anderes als die Ehe von Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen können und die unter dem besonderen Schutz des Staates steht. Eine vollumfängliche rechtliche Gleichstellung der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft, die sog. „Homo-Ehe“, lehnen wir deshalb strikt ab. Dies gilt insbesondere für das Adoptionsrecht.

## 1.13 Förderung familienunterstützender, haushaltsnaher Dienstleistungen

Berufstätige Eltern gewinnen durch familienunterstützende, haushaltsnahe Dienstleistungen Zeit, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Viele Menschen, die bereit und imstande wären, derartige Tätigkeiten als Selbständige zu übernehmen, scheuen aber den damit verbundenen bürokratischen Aufwand und das rechtliche Risiko. Die AfD will daher Projekte entwickeln und unterstützen, die es Menschen spürbar erleichtern, entsprechende Dienstleistungen anzubieten. Dies kann in Zusammenarbeit mit den Jobcentern durch gemeinnützige Arbeitsinitiativen oder Arbeitsgenossenschaften erfolgen. Diese könnten

Menschen, die haushaltsnahe Dienstleistungen erbringen wollen, anstellen und für sie die damit verbundenen arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Verwaltungsaufgaben erledigen.

## 1.14 Erlebnis- und Kreativraum für Jugendliche

Jugendlichen fehlen – gerade im ländlichen Raum - vielfach Angebote für eine aktive Freizeitgestaltung zur Fortentwicklung der eigenen Fähigkeiten. Um sie auf dem Land zu halten und den Drang in die Ballungszentren zu stoppen, gilt es, den ländlichen Raum zu einem für Jugendliche attraktiven Erlebnis- und Kreativraum zu machen.

Wir wollen durch spezielle Angebote über Internet, Soziale Medien und öffentliche Aushänge Jugendlichen das bereits vorhandene Angebot an Fortbildungs- und Freizeitangeboten zugänglicher machen und eine Vernetzung der Heranwachsenden in der Region erleichtern, mehr Treffpunkte im ländlichen Raum schaffen, die Mobilität von Jugendlichen ohne eigenes Einkommen durch ein kostenloses Freizeitticket für den öffentlichen Personennahverkehr fördern sowie Konzepte entwickeln, wie räumlich mobile Kursangebote für Fortbildung und Freizeit geschaffen werden können.

## 1.15 Hausunterricht

Eltern ist grundsätzlich die Wahlfreiheit zwischen Schul- und Hausunterricht für ihre Kinder einzuräumen. Schulpflicht ist durch Unterrichtspflicht zu ersetzen. Voraussetzung für Hausunterricht ist, dass der Hausunterricht durch Privatlehrer gleiche Qualitätsstandards erfüllt wie Schulunterricht und dabei die gleichen Prüfungen abgelegt werden müssen.

## 1.16 Medizinische und pflegerische Versorgung

### *1.16.1 Ausreichende Anbieterzahl ermöglichen*

Eine angemessene Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung ist nur dann gewährleistet, wenn der Bürger zwischen verschiedenen Anbietern von Leistungen frei wählen kann. Deswegen will die Alternative für Deutschland die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass ein ausreichendes Angebot von Ärzten und Pflegediensten entsteht. Die AfD wird aus den gleichen Gründen gegen das Entstehen von regionalen Anbietermonopolen wirken: Wenn Kliniken mit stationären Pflegeeinrichtungen des selben Trägers fusionieren und darüber hinaus durch die Gründung von medizinischen Versorgungszentren auch noch die ambulante Versorgung in der Region übernehmen, sind Patienten wie auch Arbeitnehmer in dieser Region diesem Monopolanbieter machtlos ausgeliefert.

### *1.16.2 Qualifiziertes und motiviertes Personal in Sachsen-Anhalt halten*

Unattraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen führen dazu, dass qualifiziertes und motiviertes Personal im Gesundheitswesen nur schwer zu gewinnen und zu halten ist. Das Lohngefälle in Deutschland und dem europäischen Ausland führt dazu, dass deutsche Ärzte zunehmend abwandern. Zuwandernde Mediziner aus Osteuropa verfügen dagegen häufig über mangelhafte Sprachkenntnisse. Dies erschwert eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung unserer Bürger allein schon durch ungenügende Kommunikationsmöglichkeit. Die AfD will daher Rahmenbedingungen schaffen, mit denen qualifiziertes und motiviertes einheimisches Personal regional gehalten wird. Hierzu ist ein spürbarer Bürokratieabbau für allgemeinmedizinische Praxen notwendig, zudem ist auf Ausgleich des Lohngefälles zwischen Ost und West hinzuwirken. Medizinische Ausbildungsplätze in Sachsen-Anhalt sind zu fördern, allerdings so, dass eine Rückzahlung des Förderbetrages bei Abwanderung innerhalb festgelegter Zeiträume erfolgen muss.

### *1.16.3 Vorbeugende Gesundheitserziehung fördern*

Falsche Ernährung, zu wenig Bewegung sowie der Konsum von Alkohol, Zigaretten und anderen Drogen schwächen die Gesundheit und sind Ursache vieler Erkrankungen. Durch eine in die Schulbildung integrierte vorbeugende Gesundheitserziehung kann erreicht werden, dass sich das allgemeine Gesundheitsniveau und damit auch die Lebensqualität vieler Menschen verbessert und erhebliche Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen zu ermöglichen sind. Die AfD will daher vorbeugende Gesundheitserziehung und Frühinformation fördern. Durch entsprechende Präventionsprogramme und Angebote in Kindergärten und Schulen soll darauf hingewirkt werden, dass junge Menschen frühzeitig für die Risiken einer ungesunden Lebensführung sensibilisiert und zu eigenverantwortlicher Gesunderhaltung angeregt werden.

### *1.16.4 Freiberufliche Tätigkeit von Hebammen schützen*

Für Hebammen muss eine langfristige Lösung durch Fördermaßnahmen gefunden werden, um die stark steigenden Haftpflichtprämien abzufangen und den Berufsstand zu erhalten. Die letzten Entwicklungen wirken existenzbedrohend für diesen Berufsstand, dem wird sich die AfD entgegen stellen.

## **2. BILDUNG**

### **2.1 Die Eigenart unseres Bildungswesens erhalten!**

Bildung ist unser höchstes Gut. In ihr spiegelt sich unsere Kultur, sie gibt uns Identität und ist die Quelle unseres wirtschaftlichen Erfolgs wie auch des Ansehens, das unsere Wissenschaft in der Welt genießt. Darauf können wir stolz sein, dürfen uns auf dem Erreichten aber nicht ausruhen, denn unser Bildungssystem ist akut bedroht.

Das Leistungsniveau sinkt schon seit Jahrzehnten auf allen Ebenen, ideologische Experimente zehren an der Substanz, und im Namen der Internationalisierung wird unser einst von Freiheit geprägtes Bildungswesen in ein bürokratisches Korsett gezwungen. Hinzu kommt, dass sich föderale Strukturen gegenseitig blockieren. Bildung ist Sache der Länder, der Föderalismus darf aber nicht dazu führen, dass Schulabschlüsse nicht mehr vergleichbar sind. Viel zu oft spielt auch der Geldbeutel der Eltern für den Bildungserfolg eine größere Rolle als die Begabung des Kindes.

Unsere Bildungspolitik will all diesen Missständen durch einen Kraftakt abhelfen und dem deutschen Bildungswesen wieder zu alter Stärke verhelfen. Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip, zum Humboldtschen Bildungsideal und zum unverwechselbaren Charakter unserer Universitäten. Das Bildungssystem darf nicht nur technisches Wissen vermitteln, es muss auch Sinn stiften, zu Tugenden wie Fleiß und Disziplin erziehen und dafür sorgen, dass junge Menschen wieder bereit sind, hart an sich zu arbeiten.

Chancengleichheit, wie wir sie verstehen, heißt nicht, dass möglichst viele mit möglichst hohen Bildungsabschlüssen auszustatten sind; Chancengleichheit heißt, dass jeder, der über die notwendige Begabung verfügt, die gleiche Chance hat, einen Bildungsabschluss zu erwerben.

Wir brauchen nicht generell mehr Hochschulabsolventen. Was wir brauchen, ist eine bessere, zielgenauere und stärker am tatsächlichen Bedarf wie auch den individuellen Begabungsvoraussetzungen orientierte Vorbereitung junger Menschen auf ihren Beruf.

## 2.2 Schulische Bildung allgemein

### *2.2.1 Privatschulfreiheit stärken!*

Schulen in freier Trägerschaft tragen zur Vielfalt unserer Bildungslandschaft bei. Wir wollen die Privatschulfreiheit stärken und setzen uns daher für die weitgehende personelle und finanzielle Gleichstellung ihrer Ausstattung mit der Ausstattung staatlicher Bildungseinrichtungen ein.

### *2.2.2 Freie Schulwahl herstellen!*

Kinder in Sachsen-Anhalt sind im Moment an feste Schuleinzugsbezirke gebunden. Lediglich Kinder, die eine Schule in freier Trägerschaft besuchen, sind davon ausgenommen. Wir wollen die Bindung an die Schuleinzugsbezirke aufheben. Eltern sollen ihre Kinder auf die Schule schicken können, die ihnen am besten geeignet erscheint.

## 2.3 Grundschule

### *2.3.1 Mehr Wert auf grundlegende Kulturtechniken legen!*

Die Hauptaufgabe der Grundschule besteht darin, den Kindern die elementaren Fertigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens zu vermitteln. Wir fordern, darauf wieder mehr Gewicht zu legen und die Grundschullehrpläne entsprechend zu überarbeiten.

### *2.3.2 Tugenden vermitteln!*

Schule ist auch eine Sozialisationsinstanz. Neben grundlegenden Kulturtechniken müssen deshalb ebenso die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein vermittelt werden. Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität, weshalb die Stellung des Lehrers auch und gerade schulrechtlich zu stärken ist.

### *2.3.3 Schulentwicklungsplanung überarbeiten!*

Die Schließung von Grundschulen im ländlichen Raum nach Maßgabe von Schlüsselzahlen muss ein Ende nehmen. Schulverbände mit zentraler Schulleitung bieten die Möglichkeit, auch kleinere Grundschulen zu erhalten. Der Erhalt von Grundschulen darf in keinem Fall unter Finanzierungsvorbehalt stehen.

## 2.4 Sekundarstufe I und II

### *2.4.1 Mehrgliedriges Schulsystem beibehalten!*

Aufgabe der weiterführenden Schulen ist die Qualifikation der Jugend zur Aufnahme eines akademischen Studiums oder einer beruflichen Ausbildung. Die Herausforderungen einer beruflichen Ausbildung und eines Studiums sind so unterschiedlich, dass dem die Gliederung des Sekundarschulwesens in Gymnasien einerseits und Sekundarschulen bzw. Gesamtschulen andererseits am besten gerecht wird.

### *2.4.2 Kleinere Klassenverbände schaffen!*

In Großklassen von über 30 Schülern sind weder konzentriertes Arbeiten noch die individuelle Förderung einzelner Schüler möglich. Wir fordern daher, den Klassenteiler auf 20 Schüler abzusenken.

### *2.4.3 Positiven Bezug zu Deutschland fördern!*

Die weiterführenden Schulen sollen nicht nur für die fachliche Qualifikation der Schüler sorgen, sondern auch Staatsbürger heranbilden. Dazu gehören ein grundsätzlich positiver Bezug zum eigenen Land und eine gefestigte Nationalidentität. Zu diesem Zweck müssen die Lehrpläne überarbeitet werden. Die deutsche Geschichte und die Geschichte Sachsens bieten genügend Anknüpfungspunkte, auf die wir uns mit Stolz berufen können.

### *2.4.4 Sportunterricht besonders fördern!*

Unsere Jugend leidet in zunehmendem Maß unter Übergewicht und Bewegungsarmut, was eine Reihe von gesundheitlichen Folgeschäden nach

sich zieht. Sport wirkt dem entgegen, stärkt das Selbstbewusstsein, vermittelt soziale Kompetenzen und fördert auch die geistige Leistungsfähigkeit. Wir fordern deshalb, die Anzahl der Sportunterrichtsstunden pro Woche von zwei auf vier zu verdoppeln, wobei darauf zu achten ist, dass diese Zeit effizient genutzt und jeder Schüler einer gewissen körperlichen Belastung ausgesetzt wird. Für Individualsport ist der Teiler für Sportgruppen gegenüber dem Klassenteiler auf 10 zu halbieren. Sportunterricht besteht leider noch zu oft aus Teilnahmslosigkeit.

#### *2.4.5 Lehrer von Verwaltungsaufgaben entlasten!*

Die Aufgabe des Lehrers besteht darin, die Entwicklung der Schüler zu fördern und anzuleiten. Verwaltungstätigkeiten gehören nicht zum Aufgabenbereich des Lehrers. Wir wollen Lehrkräfte von allen nicht-pädagogischen Aufgaben entlasten, damit sie sich umso besser auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Insbesondere die überhand nehmenden Dokumentationspflichten sind entschieden zu reduzieren. Die erhobenen Daten dienen lediglich einem überzogenen Kontrollbedürfnis der Ministerialbürokratie und sind je nach Bedarf in aller Regel beliebig interpretierbar.

## 2.5 Förderschule / Inklusion

### *2.5.1 Förderschulen erhalten!*

Kinder mit Lernschwierigkeiten und sonstigem Förderbedarf benötigen eine besondere Betreuung, um sich optimal entwickeln zu können. Dies ist nur in einer speziellen Fördereinrichtung möglich.

Wollte man Inklusion, also die Unterrichtung von Kindern mit Förderbedarf in einer gewöhnlichen Schule, betreiben, müsste man die Schülerzahlen je Lehrkraft stark senken, die Fachlehrerzahl stark erhöhen und die Weiterbildung von Nichtfachlehrern deutlich ausbauen. Dies erscheint unter den gegebenen finanziellen Voraussetzungen des Landes Sachsen-Anhalt zur Zeit nicht finanzierbar.

Wir treten deshalb für den Erhalt der bewährten Förderschulen ein und lehnen das ideologisch motivierte Großexperiment „Inklusion“ ab.

## 2.6 Berufliche Bildung und Weiterbildung

### *2.6.1 Duales Berufsbildungssystem beibehalten!*

Unser duales Berufsbildungssystem verbindet in einmaliger Weise berufliche Praxis mit theoretischer Schulung und genießt dafür zu Recht hohe internationale Anerkennung. Die duale Ausbildung leistet einen Beitrag zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und sorgt für den Bestand an gut ausgebildeten Facharbeitern, Meistern und Technikern, den eine dynamische Volkswirtschaft braucht.

Wir dürfen diesen Schatz nicht auf dem Altar des EU-Regulierungswahns opfern! Wenn wir uns den niedrigen europäischen Standards anpassen, wäre damit niemandem gedient. Eher sollten sich unsere europäischen Nachbarländer, die an hoher Jugendarbeitslosigkeit leiden, an uns orientieren. Wir fordern deshalb, das duale Berufsbildungssystem auf jeden Fall beizubehalten und weiterzuentwickeln.

### *2.6.2 Berufsorientierung verbessern!*

Die steigenden Abbrecherquoten in der Ausbildung sind unter anderem auf eine unzureichende oder nicht zielgerichtete Information der Interessenten zurückzuführen. Deshalb fordern wir einen deutlichen Ausbau von Berufsorientierungsmaßnahmen, die der dualen Ausbildung vorgeschaltet sind, wie etwa Schnupperpraktika, Betriebsvisiten und individuelle Beratung durch die Arbeitsagentur. Die Maßnahmen dürfen nicht den Charakter einer Beschäftigungstherapie haben.

## 2.7 Hochschule und Wissenschaft

### *2.7.1 Deutsche Studiengänge wiedereinführen – Bologna abwickeln!*

Der sog. Bologna-Prozess, also die Einführung modularisierter Bachelor- und Master-Studiengänge, hat der deutschen Universität schweren

Schaden zugefügt und seine erklärten Ziele, wie etwa die Erhöhung der Mobilität im Studium, nicht erreicht.

Abschlüsse sind schlechter vergleichbar als zuvor und der Wechsel des Studienorts für ein oder zwei Semester ist mit hohen bürokratischen Hürden verbunden und oft nur noch im Rahmen vorgegebener Angebote und Kooperationen möglich. Die Studiengänge sind verschult und hemmen die Entwicklung wissenschaftlicher Kompetenzen. Der Bachelor ist entgegen offizieller Verlautbarung auch kein berufsqualifizierender Abschluss. Ohne Master haben Absolventen in aller Regel keine Chance auf dem Arbeitsmarkt.

Wir fordern daher, dass das Land Sachsen-Anhalt aus der Kultusministerkonferenz ausscheidet und die deutschen Studiengänge Magister, Diplom und Staatsexamen im Alleingang wieder einführt.

### *2.7.2 Habilitation erhalten – Juniorprofessur abschaffen!*

Die Einführung der sog. Juniorprofessur kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Wissenschaftler erst dann den Reifegrad erreicht, der für die Lehrerlaubnis (venia legendi) notwendig ist, wenn er nach der Promotion eine zweite große Arbeit – die sog. Habilitation - vorgelegt hat. Wir fordern daher, die Habilitation zu erhalten und die Juniorprofessur abzuschaffen. Anstelle der Juniorprofessur sind in ausreichendem Umfang Assistentenstellen als Qualifikationsstellen zu schaffen.

### *2.7.3 Dem akademischen Mittelbau eine Perspektive geben – Lebenszeitstellen unterhalb der Professur wieder einführen!*

Wer heute eine akademische Laufbahn in Angriff nimmt, braucht vor allem eines: Risikofreude. Für Doktoranden und Habilitanden stehen ausschließlich befristete Stellen zur Verfügung, und das in einem Umfang, der die Zahl der zu besetzenden Professorenstellen um ein Vielfaches übersteigt. Der akademische Nachwuchs wird so zu einem Alles-oder-Nichts-Spiel gezwungen, was gerade die am besten qualifizierten Kandidaten abschreckt, zumal bei der Vergabe einer Professur immer weniger die wissenschaftliche Leistung und stattdessen politische Gesinnung und Geschlecht den Ausschlag geben.

Das sinkende Niveau an unseren Universitäten geht nicht zuletzt auf diese prekäre Situation des akademischen Mittelbaus zurück. Es ist nicht einzusehen, weshalb Lehrer an Schulen unbefristet eingestellt werden, Lehrpersonal an Hochschulen dagegen nur befristet auf wenige Jahre. Wir wollen deshalb das vorwiegend mit Unterricht bzw. Lehre befasste Personal an Schulen und Universitäten gleich behandeln.

Das sog. „Tenure-Track“-Verfahren muss für alle Mittelbaustellen zur Regel werden: Wenn ein Dozent sich drei Jahre auf einer Stelle bewährt hat, ist sein Arbeitsvertrag zu entfristen. Mittelbaustellen an den Universitäten in Sachsen-Anhalt dürfen nur noch nach diesem Modell ausgeschrieben werden. Für promovierte Lehrkräfte ist eine eigene Laufbahngruppe unterhalb der Professur zu schaffen. Die Professur muss wieder zu einer Option für besonders qualifizierte Mittelbaudozenten werden, sie darf nicht die letzte Chance sein.

#### *2.7.4 Kein Promotionsrecht für Fachhochschulen!*

Mit der Promotion wird der Nachweis erbracht, selbständig auf hohem theoretischem Niveau forschen zu können. Die Promotion dient der Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses. Fachhochschulen dagegen zielen auf eine praxisbezogene Ausbildung, die Berufsperspektiven in der Wirtschaft eröffnen soll. Fachhochschulen brauchen daher kein Promotionsrecht. Lehrkräfte, die eine entsprechende Qualifikation aufweisen müssen, können von den Hochschulen rekrutiert werden.

#### *2.7.5 Genderstudien streichen!*

Die Frage nach der historischen und kulturellen Wandlung von Geschlechterrollen ist eine legitime Forschungsfrage der Geisteswissenschaften. Allerdings bedarf es dafür keiner eigenen Lehrstühle und Disziplinen. Wir wehren uns gegen eine schleichende Relativierung des klassischen Fächerkanons durch Einführung von so genannten Genderstudien. „Geschlecht“ ist keine geisteswissenschaftliche Disziplin. Wir fordern deshalb, alle auf die Kategorie „Geschlecht“ bezogenen Lehrstühle zu streichen und wieder jenen ordentlichen

Universitätsfächern zurückzugeben, denen sie zuvor weggenommen wurden.

## 2.8 Kulturpolitik

### *2.8.1 Pflege der deutschen Leitkultur*

Die Internationalisierung aller Lebensbereiche, die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft auf deutschem Boden und der fehlende Mut zu unserer deutschen Leitkultur schwächen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährden auf lange Sicht die Demokratie selbst. Dem wollen wir mit einer Kulturpolitik gegensteuern, die in der Pflege einer deutschen Leitkultur eine sehr wichtige Aufgabe begreift und so dafür Sorge trägt, dass auch und gerade die integrationswilligen Einwanderer sich verstärkt mit unserem Land identifizieren.

### *2.8.2 Identitätsstiftende Kulturpflege statt nichtssagender Unterhaltung!*

Museen, Orchester und Theater sind in der Pflicht, einen positiven Bezug zur eigenen Heimat zu fördern. Die Bühnen des Landes Sachsen-Anhalt sollen neben den großen klassischen internationalen Werken stets auch klassische deutsche Stücke spielen und sie so inszenieren, dass sie zur Identifikation mit unserem Land anregen.

### *2.8.3 Mehr Geld für Kultur!*

Kulturpflege gibt es nicht zum Nulltarif. Das Land muss seinen Beitrag leisten, um zentrale Kulturstätten wie Theater und Konzerteinrichtungen, Museen und Denkmäler zu erhalten. Die in den letzten Jahren zusammengestrichenen Zuschüsse etwa zur Landesbühne Sachsen-Anhalt sind in voller Höhe wieder zu gewähren.

### *2.8.4 Kleine Einrichtungen fördern!*

Kulturpolitik darf sich nicht auf die medienwirksame Eröffnung von Großprojekten oder die Übergabe von Förderbescheiden beschränken,

sondern sollte ebenso für den Erhalt der vielen hundert kleinen Kultureinrichtungen sorgen. Auch beschränkte Mittel entfalten so eine breite Wirkung, während sie in Großprojekten oft verpuffen. Wir wollen viel stärker als bislang darauf achten, dass förderungswürdige kleinere Projekte nicht abgehängt und die Mittel künftig in diesem Sinne effizienter eingesetzt werden.



## **3. ZUWANDERUNG, ASYL UND INTEGRATION**

### **3.1 Zuwanderung**

Die Einwanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik der etablierten Parteien führt geradewegs in eine soziale Katastrophe. Durch den ungebremsten Zustrom von Millionen von Einwanderern, die unsere Sprache nicht sprechen, die aus Kulturen stammen, die uns zutiefst fremd sind, und die zumeist über keine besondere Qualifikation verfügen, werden Parallelgesellschaften zementiert. Integration wird unmöglich. Soziale Spannungen in einem bislang ungekannten Ausmaß kommen auf uns zu. Angesichts dieser Situation brauchen wir dringend eine demokratische Alternative, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen unseres eigenen Volkes orientiert.

Gezielte Familienförderung, geeignete Qualifizierungsmaßnahmen und die Schaffung wirtschaftlicher und sozialer Anreize für junge Familien haben in jedem Fall Vorrang vor Einwanderung. Immigration kann keine Allzwecklösung für gesellschaftliche Fehlentwicklungen und Versäumnisse der etablierten Wirtschafts- und Sozialpolitik sein, denn sie schafft mehr Probleme als sie löst!

Daher fordert die AfD: So viel Zuwanderung wie nötig, aber so viel Familien- und Nachwuchsförderung sowie Qualifikation eigener Bevölkerung wie möglich!

Unter dieser Maxime ist eine qualifizierte Zuwanderung nach strengen Regeln anzustreben. Sie darf weder dazu führen, dass unser geschichtliches Bewusstsein, unsere Kultur und unsere Lebensweise verdrängt werden, noch, dass die Reallöhne sinken oder den Entwicklungs- und Schwellenländern die dort dringend benötigten Fachkräfte dauerhaft entzogen werden. Erst recht ist eine weitere Belastung unserer Sozialsysteme zu unterbinden.

Wir wollen daher ein Einwanderungsgesetz, das auf qualifizierte Fachkräfte und Unternehmer abstellt, um Zuwanderung genau in den Branchen zu ermöglichen, in denen der Mangel am größten ist. Zu häufig stehen gut ausgebildeten und integrationswilligen Einwanderern bürokratische Hürden im Weg, während andererseits die ungesteuerte Einwanderung über

Familiennachzug, Duldungsmechanismen und unzulässige Ausnutzung des Asylrechts vielfach noch unterstützt wird. Auch hier muss ein Umdenken einsetzen: Integrationswille ist zu belohnen, Integrationsverweigerung entschieden zu sanktionieren.

### *3.1.1 Ja zum Asylrecht – Nein zum Missbrauch!*

Die AfD bejaht uneingeschränkt das im Grundgesetz verankerte Asylrecht, fordert aber nachdrücklich die konsequente Durchsetzung unseres Asylgesetzes, auch hinsichtlich der Rückführung abgelehnter und ausreiseunwilliger Asylantragsteller!

Asylrecht und Asylgesetz dienen nicht der Zuwanderung. Es sollen ausschließlich in ihrer Heimat politisch Verfolgte zeitweise Schutz in unserem Land erhalten. Fallen die Verfolgungsgründe weg, so kann ein Bleiberecht nach unseren Vorstellungen nur durch einen gesonderten Antrag auf Einwanderung erlangt werden. Scheitert ein solcher Einwanderungsantrag, ist unser Land umgehend zu verlassen.

Wir fordern eine maximale Aufnahmequote für tatsächlich politisch Verfolgte und Flüchtlinge festzulegen, die sich am Willen der Bevölkerung orientiert und die daraus resultierenden Kosten nicht außer Acht lässt. Dies soll solange gelten, wie es kein klares und effektives Einwanderungsgesetz für Deutschland gibt, das die Zuwanderung von EU- und Nicht-EU-Einwanderern streng regelt und für die Bevölkerung wahrnehmbar durchgesetzt wird.

Asylanträge sollen grundsätzlich außerhalb der EU gestellt und dort bearbeitet und entschieden werden, um unkontrollierte Zuwanderung zu verhindern. Dafür sind entsprechende Einrichtungen zu schaffen.

Zuwanderungs- und Asylpolitik müssen getrennt werden. Das Asylrecht wird im Grundgesetz Art 16 a klar definiert. Asylberechtigte sind im entsprechenden Verfahren anerkannte, individuell politisch Verfolgte, die nicht über sichere Drittstaaten eingereist sind. Fälschlicherweise werden in der Asyldebatte häufig unscharfe und irreführende Begriffe verwendet, teils aus offensichtlich ideologischen Motiven.

Der häufigste Grund, warum deutsche Behörden abgelehnte Asylbewerber nicht abschieben liegt darin, dass diese Asylbewerber die Kooperation bei

der Feststellung ihrer Identität verweigern, teils durch Entsorgung ihres Ausweises. Hierzu sind sie jedoch nach §§ 48, 49 und 82 AufenthG gesetzlich verpflichtet und begehen im genannten Falle sogar bereits eine Straftat. Sanktionen verhängen die Behörden derzeit nicht, so dass im Ergebnis ein von den Behörden tolerierter, illegaler Weg besteht, massenhaft in unser Land einzuwandern. Das lehnt die AfD entschieden ab!

Im Jahr 2014 stellten 202.834 Menschen einen Asylantrag in Deutschland. Als politisch Verfolgte und somit asylberechtigt wurden nur ca. 2% Prozent der Antragsteller als anerkannt. Weitere 28% sind als Schutzbedürftige eingestuft worden. Es hätten also ca. 70% der Antragsteller unser Land wieder verlassen müssen. Abgeschoben wurden jedoch nur ca. 5%. Somit sind allein in 2014 ca. 141.983 abgelehnte Asylbewerber in Deutschland geblieben. In Sachsen-Anhalt hat es im ersten Halbjahr 2015 sogar weniger Abschiebungen gegeben als noch in 2014, und das, obwohl über 40% der Antragsteller aus sicheren Balkanstaaten stammten.

Für 2015 werden offiziell über 1 Million Asylantragsteller erwartet, dies stellt eine Verfünfachung gegenüber 2014 dar, dabei erscheint es allerdings realistisch, bereits von über 1.5 Millionen auszugehen. Eine Trendumkehr für 2016 ist nicht abzusehen.

Die AfD fordert, dass die Asylverfahren generell beschleunigt werden. Die Ausländerbehörden der Landkreise müssen von der Landesverwaltung unterstützt werden. Angesichts ständig zunehmender Zahlen von Ankömmlingen ist es nicht länger hinnehmbar, dass Entscheidungen in klar geregelten Fällen oft monatelang verschleppt werden. Dies ist weder für die Antragsteller noch für den deutschen Steuerzahler zumutbar. Durch verschleppte Antragsverfahren wird in hohem Maße Steuergeld vergeudet. Inzwischen betragen die Aufwendungen für einen Asylbewerber im Land Sachsen-Anhalt durchschnittlich über 9.300 Euro, in Halle (Saale) sogar über 12.000 Euro pro Asylbewerber und Jahr. Die von der Landesregierung vorgeschlagene Pro-Kopf-Pauschale in Höhe von 8.600 Euro deckt die Kosten der Landkreise und kreisfreien Städte daher nicht, sodass die kommunalen Haushalte zusätzlich belastet werden.

In den Aufwendungen für Asylbewerber ist bislang ein monatliches Taschengeld von 143 € enthalten, was eine Sogwirkung erzeugt. Um Fehlanreize zur Einreise abzustellen, ist die Barauszahlung des

Taschengeldes für Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten sofort einzustellen. Weiterhin fallen bei der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern enorme Kosten für die Schaffung neuer Unterkünfte, Krankenversorgung, Sprachkurse und Integrationsbeauftragte an. Wenn man erreichen will, dass berechtigte Asylbewerber vernünftig unterstützt werden, muss verhindert werden, dass dafür notwendige Mittel durch Verschleppung der Antragsverfahren für im Ergebnis unberechtigte Asylbewerber verbraucht werden.

An der Residenzpflicht und zentralen Unterbringung für Asylbewerber ist so lange festzuhalten, bis geklärt ist, ob der jeweilige Asylbewerber anerkannt wird. Menschen aus sicheren Herkunftsländern die keine Bleibeperspektive haben, dürfen gar nicht erst auf die Landkreise verteilt werden, da sie dort häufig dezentral untergebracht werden. Dies führt, insbesondere in Verbindung mit Bargeldauszahlungen, zu falschen Anreizen.

Des Weiteren sind genügend Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen vorzuhalten. Dort muss zügig über die Anträge entschieden werden, um falsche Hoffnungen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Die AfD fordert eine separate Erstaufnahmestelle für Antragsteller aus den Balkanstaaten, sodass diese nicht weiter auf Landkreise verteilt werden und für tatsächlich Verfolgte Kapazitäten wegnehmen.

Wir wollen die zügige Rückführung von Erstantragstellern aus sicheren Herkunftsländern. Alle Beitrittskandidaten der EU sind dabei als sichere Herkunftsländer zu behandeln. Das Land Sachsen-Anhalt muss im Bundesrat eine entsprechende Initiative ergreifen.

Wir fordern: straffällig gewordene Asylbewerber sind unverzüglich auszuweisen und ggf. abzuschicken. Strafverfolgung und Ordnungsverfahren sind selbstverständlich ohne einen Fremdenbonus mit gleicher Intensität durchzuführen wie bei einheimischer Bevölkerung. Hier muss selbstverständlich der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz gelten.

Schon jetzt sind die zentralen Aufnahmestellen und ihre Außenstellen völlig überlastet. Auch die Asylbewerberheime in den Landkreisen sind überbelegt, Kommunen völlig überfordert. Teilweise werden Asylbewerber schon kostenintensiv in Hotels, Jugendherbergen und Pensionen untergebracht. Sogar das Institut für Brand- und Katastrophenschutz wird als

Flüchtlingsunterkunft zweckentfremdet, was dazu führt, dass dringend erforderliche Lehrgänge für Führungskräfte der Feuerwehr gestrichen werden.

Private Geschäftemacher nutzen die Notlage der Kommunen und erhalten Wucherpreise für die Unterbringung. Insgesamt schätzt man derzeit die Kosten für Lebensunterhalt und Unterbringung der Asylbewerber angesichts explodierender Zahlen in ganz Deutschland auf über 10 Milliarden Euro, die vom Bund, aber nicht für die Länder, Städte und Gemeinden, bereitgestellt werden. Die AfD fordert deshalb nachdrücklich die vollständige Finanzierung aller Aufwendungen für Asylbewerber durch den Bund.

Landkreise und Kommunen sind finanziell überfordert. Es ist inakzeptabel, wenn kommunale Leistungen im Bildungs-, Sport- und Kulturbereich gestrichen werden, um konsolidierte Haushalte vorlegen zu können. Selbst die Grundversorgung und damit die Pflichtaufgaben der Kommunen können nur noch teilweise sichergestellt werden, weil die finanziellen Mittel auf Grund der massenhaften Aufnahme von Asylbewerbern fehlen.

Ganz besonders geht es darum, den zunehmenden Missbrauch des Asylrechts zu unterbinden. Die meisten Asylanträge werden gestellt, obwohl von vornherein feststeht, dass die Antragssteller keinen positiven Bescheid erwirken können. Im Einklang mit den gesetzlichen Regelungen ist die Aufnahme von Armutsfüchtlingen als Asylbewerber strikt abzulehnen, Armut ist kein Asylgrund.

Die AfD fordert eine bessere Personalausstattung der entsprechenden Behörden, um berechtigte Asylanträge schneller zu genehmigen und eine raschere Rückführung unberechtigter Bewerber durchzusetzen.

Bürger aus sicheren Herkunftsstaaten müssen sich um einen legalen Aufenthalt im Rahmen des bestehenden Aufenthaltsgesetzes bemühen. Etwaige Anträge sind in den entsprechen Herkunftsländern zu stellen.

Des Weiteren stellt sich immer dringlicher die Frage nach einer wirksamen und gerechten Lastenverteilung in der EU. Hierzu bedarf es verbindlicher Absprachen mit europäischen Nachbarstaaten, die auch eingehalten werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich viele EU-Länder der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen vollständig entziehen,

sodass selbst die UN eine Unverhältnismäßigkeit zu Lasten Deutschlands anmahnt. Darüber hinaus ist es notwendig, von vornherein personelle und finanzielle Obergrenzen für die Aufnahme von Asylbewerbern festzulegen und einzuhalten, um den sozialen Frieden und die finanzielle Stabilität unseres Landes nicht zu gefährden.

Prinzipiell gilt, dass illegale Grenzübertritte unterbunden werden müssen. Dazu ist das Schengener Abkommen auszusetzen und es sind Grenzkontrollen vorzunehmen, so wie es bereits im Rahmen des G7-Gipfels Anfang 2015 in Bayern erfolgreich praktiziert wurde.

### *3.1.2 Kein Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Ausländer*

Im Rahmen der EU gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit, diese darf aber nicht zu einem Sozialtourismus verkommen. Sie soll Arbeitsaufenthalte erleichtern und die Mobilität in der EU erhöhen, kann jedoch aus unserer Sicht keinen Anspruch auf Sozialleistungen begründen. Die AfD fordert daher, dass beitragsunabhängige Sozialleistungen wie Kindergeld und ALG II grundsätzlich nur dann an EU-Bürger ausgezahlt werden, wenn sie ihren tatsächlichen Wohnsitz in Deutschland haben und mindestens 5 Jahre einer sozialversicherungspflichtigen bzw. selbstständigen Beschäftigung in Deutschland nachgegangen sind. Sozialleistungen für Kinder setzen voraus, dass diese auch in unserem Land leben. Der oft genannte Trick, über eine Scheinselbstständigkeit den Bezug von Kindergeld zu ermöglichen, muss von den Behörden sofort unterbunden werden.

## **3.2 Integration**

Die Einwanderungspolitik der etablierten Parteien der letzten Jahrzehnte weist zahlreiche Fehler und Versäumnisse auf:

Sie hat nicht auf die Qualifikation der Einwanderer geachtet; sie hat nicht darauf geachtet, ob die Einwanderer zu Deutschland passen und hat Einwanderung in einem Umfang zugelassen, der die Integrationskräfte unserer Gesellschaft überfordert. In zahlreichen Städten, vor allem in westlichen Bundesländern, sind

Parallelgesellschaften entstanden. Hier schotten sich schlecht qualifizierte und integrationsunwillige Menschen ab und schaffen mit sozialstaatlicher Unterstützung rechtsfreie Räume. Sie entziehen sich dabei selbst, wie auch andere Betroffene, unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die AfD will verhindern, dass solche Verhältnisse auch in Sachsen-Anhalt Einzug halten. Das erfordert ein entschlossenes Gegensteuern durch eine aktivierende Integrationspolitik. Diese sieht Integration in erster Linie als Aufgabe und Pflicht derer die einwandern und setzt auf die Integrationskräfte der gesamten Gesellschaft. Ihre Hauptfaktoren sind Arbeit, Familie und Freundeskreis. Eine erfolgreiche Integrationspolitik ist umso erfolgreicher, je weniger sie eingreifen muss. Sie sorgt lediglich für Rahmenbedingungen, die es erlauben, dass die natürlichen Integrations- und Assimilationskräfte der Gesellschaft ungehindert wirken können.

Wer als Ziel erfolgreicher Integration die maximale Bewahrung der kulturellen und moralischen Herkunftsprägung versteht und dies mit sozialstaatlicher Umsorgung zu erreichen versucht, erweckt bei Einwanderungswilligen völlig unrealistische Erwartungen und handelt zudem entschieden gegen die Interessen des eigenen deutschen Volkes!

Unsere Rechtsordnung lebt wie jede andere davon, dass die Kultur- und Wertevorstellung, auf deren Boden sie einst gewachsen ist, sie auch weiterhin unterfüttert und trägt. Eine Vorstellung, wir müssten unsere Kultur und Werte zurücknehmen, um Integration zu ermöglichen, wäre grundverkehrt. Richtig ist vielmehr: Integration kann nur gelingen, wenn wir den Einwanderern eine attraktive und feste Identität bieten, in die sie sich auch integrieren können.

Das bisherige Konzept der Landesregierung zur Vorbeugung gegen Parallelgesellschaften ist untauglich. Gebraucht werden keine an die Bevölkerung gerichteten Kampagnen für Weltoffenheit, eine staatlich verordnete „Willkommenskultur“, „Aufnahmebereitschaft“ oder Antidiskriminierungsschulungen, sondern eine an die Einwanderer gerichtete aktivierende Integrationspolitik und Förderung der Integrationswilligkeit.

Die sichere Beherrschung der Landessprache ist die wichtigste Voraussetzung gelungener Integration. Die Sprache erlernt sich am besten beim Arbeiten und im Kontakt mit der Bevölkerung. Um zu verhindern, dass arbeitslose Einwanderer sich in Parallelgesellschaften abkapseln, fordern wir deshalb für diese Gruppe eine gesetzliche Verpflichtung zu Besuch und erfolgreichem Abschluss von Sprachkursen. Unentschuldigtes Fehlen, Stören oder verweigerter Mitarbeit müssen durch entsprechende Kürzung der Sozialleistungen sanktioniert werden.

In diesem Sinn fordern wir auch, dass Predigten religiöser Gemeinschaften grundsätzlich in Deutsch stattzufinden haben. Dies gilt selbstverständlich nicht für die Rezitation heiliger Texte.

Für arbeitslose Einwanderer fordern wir integrierende, gemeinnützige Bürgerarbeit. Wer Leistungen nach Sozialgesetzbuch II bezieht, soll spezielle Integrationsarbeitsplätze erhalten, die ähnlich den sog. 1-€-Jobs in Kommunen und Vereinen angesiedelt sind. Sie sollen den Einwanderern nicht nur das Gefühl geben, Teil der Gesellschaft zu sein, sondern auch die Gelegenheit schaffen, das in Sprachkursen erworbene Wissen anzuwenden und zu festigen.

Eine Besserstellung von Asylbewerbern gegenüber einheimischen Hartz-IV-Empfängern ist grundsätzlich auszuschließen.

### 3.3 Identität

Unsere kulturelle Identität ist die Antwort auf die Frage, wer wir sind. Identität ist nichts Nebensächliches, kein Mantel, den man an und wieder ablegen kann, wie es einem beliebt, sondern der Kern unserer Existenz.

Was heißt es, Deutscher zu sein? Welches Verhalten, welche Sitten und Gebräuche gehören hier her und welche nicht? Wo verläuft die Grenze zwischen dem Eigenen und dem Fremden? Wir brauchen einen breiten Konsens darüber, wie diese Fragen zu beantworten sind, damit unsere Gesellschaft nicht auseinander fällt. Eine gefestigte Landesidentität garantiert Leistungs- und Opferbereitschaft, Gesetzestreue und

Solidarität. Eine instabile Identität höhlt die Fundamente unseres Gemeinwesens aus und gefährdet auf lange Sicht die Demokratie selbst.

Kulturelle Identität ist nichts Statisches, sondern wird von jeder Generation verändert und fortentwickelt. Sie entsteht nicht im luftleeren Raum, sondern baut auf Traditionellem auf: der Kulturlandschaft, der Sprache mit ihren eigenen Denk- und Wertungsmustern, den musischen Ausdrucksformen, den historischen Erfahrungen, der Vermittlung von Werten und Moralvorstellungen durch Eltern, Großeltern und Gesellschaft.

Die AfD will daher Projekte und Initiativen fördern, die lokale und regionale Traditionen sichtbar machen und pflegen, die Heimatgeschichte dokumentieren und in Erinnerung rufen. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass im Geschichtsunterricht die Auswirkungen historischer Entwicklungen auf die Geschichte der Regionen in Sachsen-Anhalt angemessen und unverfälscht behandelt und wiedergegeben werden.

Unsere Identität hat sich im Laufe vieler Jahrhunderte besonders aus den Traditionen des christlichen Abendlandes entwickelt. Wichtige Grundlagen unseres Staates wurden im 19. Jahrhundert gelegt. Unsere nationalen Traditionen, Symbole und Vorstellungen müssen im Unterricht erklärt und von Einwanderern akzeptiert werden. Das Singen der Nationalhymne bei feierlichen Anlässen sollte bei uns, wie in anderen Ländern, selbstverständlich sein. Zu unserer Identität gehören auch bestimmte Vorstellungen von Freiheit, Menschenwürde, Gleichberechtigung, ein säkulares Staatsverständnis, Demokratie und Aufklärung. Der Islam gehört hingegen nicht zu unserer Identität. Er hat unsere Geschichte und unser Selbstverständnis nicht geprägt.

Wir verlangen von Menschen die dauerhaft in unserem Land leben wollen, dass sie unsere Kultur akzeptieren und nicht versuchen, diese zu verdrängen. Wir erwarten zudem, dass sie sich an die Gesetze und die Verfassung unseres Landes halten.

Die AfD bekennt sich zur Freiheit des Glaubens und zur ungestörten gewaltfreien Religionsausübung, wie dies in Art. 4 GG Abs. 1 und 2 festgeschrieben ist und sofern diese mit unseren Gesetzen in Einklang

steht. Die private Religionsausübung muslimischer Mitbürger ist in Sachsen-Anhalt auch ohne Großmoscheen mit Minaretten möglich. Derartige Bauprojekte, insbesondere wenn sie tief in historisch gewachsene Stadtbilder eingreifen, müssen erst von der ansässigen deutschen Bevölkerung akzeptiert und dürfen nicht gegen deren Willen errichtet werden.

Wir fordern, dass Bürger künftig in solche Planungen frühzeitig einbezogen werden und ggf. über Bürgerentscheide ihrem Willen Ausdruck verleihen können. Entscheidungen ohne ausreichende Bürgerbeteiligungen sind abzulehnen, sie drohen den Nährboden für Gewalt, Politikverdrossenheit und Extremismus zu bereiten.

Die im Kindesalter erworbene Muttersprache ist die Grundlage des Denkens und der Kommunikation, auch des Verstehens und richtigen Gebrauchs von Fremdsprachen. Durch Sprachregelungen, Euphemismen und Sprechverbote wird derzeit in Deutschland versucht, eine in der Gender- und Gleichstellungsideologie fundierte Weltanschauung durchzusetzen und kritisches Denken einzuschränken. Die AfD wendet sich entschieden gegen derartige Sprachvorgaben in Ministerien, öffentlichen Einrichtungen, Medien und Schulen.

Wir wollen weniger Anglizismen und Englisch im öffentlichen Sprachgebrauch und fordern stattdessen die Pflege der deutschen Sprache. Unser Deutsch ist eine der großen Kultursprachen des Abendlandes, die meistgesprochene Sprache in der EU und nach Englisch und Spanisch die meistgelernte Fremdsprache der Welt. Wir fordern, dass das Land Sachsen-Anhalt Richtlinien erlässt mit dem Ziel, unnötige Anglizismen im amtlichen Sprachgebrauch zu vermeiden. Die von Amts wegen verwendete Sprache muss für alle Generationen verständlich sein. Ferner gilt es, die deutsche Sprache zu schützen und zu erhalten.

## **4. Wirtschafts-, Finanz- und Mittelstandspolitik, Energie- und Verkehrspolitik/ Politik für den ländlichen Raum**

### **4.1 Wirtschafts- und Finanzpolitik**

Die erfolgreiche Entwicklung unserer Wirtschaft ist die Grundlage für die Entwicklung sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche. Die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind der Schlüssel für die Zukunft unserer Familien und Kinder.

Durch die Sanktionspolitik der Bundesregierung gegenüber Russland ist der Osthandel dramatisch eingebrochen. Experten gehen davon aus, dass in Deutschland ca. 500.000 Arbeitsplätze gefährdet sind und sich die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland nachhaltig verschlechtern. In Sachsen-Anhalt sind die ersten Firmenpleiten zu verzeichnen. Wir fordern daher die sofortige Aufhebung der Anti-Russland-Wirtschaftssanktionen, die politisch falsch sowie ineffektiv sind und in erster Linie unsere heimische Wirtschaft schädigen.

Wir setzen auf die Stärkung der vorhandenen Wirtschaft, des Handwerks und des Gewerbes sowie deren Verzahnung mit den wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes. Dazu wollen wir:

- die Landesmittel zur Wirtschaftsförderung verstärkt für solche Industriezweige, Handwerke und Gewerbe einsetzen, die am meisten zur Sicherung vorhandener bzw. Schaffung neuer Vollzeit Arbeitsplätze beitragen;
- den Verwaltungsaufwand, der durch überzogene staatliche Regularien in den Unternehmen entsteht, minimieren;
- die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, insbesondere unter Einbeziehung der Universitäten, Hoch- und Fachschulen unseres Landes, durch praxisnahe Forschung und Entwicklung neuer Technologien stärken;

- die Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze durch Ansiedlung von Unternehmen sicherstellen, die an der Entwicklung und Vermarktung neuer Technologien arbeiten;
- das schnelle Internet als wichtiges Arbeitsmittel für Industrie, Handwerk und Gewerbe ausbauen.

Die Finanzierung von Landesaufgaben durch Aufnahme immer weiterer Schulden an Kapitalmärkten lehnen wir ab. Auch der Abbau der Staatsschulden, die von allen bisherigen Landesregierungen aufgenommen wurden und allein durch ihren Schuldendienst einen Großteil der Landeseinnahmen verschlingen, steht in unserem Fokus. Wie in jedem gesunden Haushalt muss der Grundsatz gelten, dass nur das wieder ausgegeben werden kann, was vorher eingenommen wurde. Der Haushalt des Landes muss tragfähig sein und die Mittel dürfen nur für Projekte verwendet werden, die einen messbaren Nutzen für das Gemeinwohl erzielen. Zur Kostensenkung wollen wir deshalb:

- den Eigenbedarf des Landes für die Verwaltung und das Parlament auf das kleinstmögliche Maß reduzieren;
- die einzelnen Förderprogramme des Landes auf ihre Effektivität prüfen
- die nachweisliche Verschwendung von Steuermitteln des Landeshaushaltes durch Sanktionen gegenüber den jeweils Verantwortlichen ahnden. Dazu soll der Landesrechnungshof weitgehende Rechte erhalten.

## 4.2 Mittelstandspolitik

Die AfD Sachsen-Anhalt sieht in einem gesunden Mittelstand die Grundlage einer leistungsfähigen und erfolgreichen Wirtschaft und lehnt die alleinige Subventionierung von Leuchtturmprojekten ab. Wirtschaftspolitik ist in erster Linie eine gute Mittelstandspolitik. In diesem Sinne fordern wir:

### *4.2.1 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit*

Sachsen-Anhalts Mittelstand ist mit geeigneten Instrumenten in die Lage zu versetzen, sowohl konkurrenzfähig zu arbeiten als auch konkurrenzfähige Produkte zu liefern. Dazu gehören Finanzinstrumente wie Bürgschaften oder Wagniskapital ebenso wie erleichterte Kooperationen.

#### *4.2.2 Stärkung des Handwerksmeisters*

Mit der ständigen negativen Nivellierung von Bildungs- und Erfahrungsvoraussetzungen wie etwa der Abschaffung des Diploms oder dem Verzicht auf den Handwerksmeister als Voraussetzung zum Führen von Handwerksbetrieben verlieren die deutsche Berufsbildung und die Produktqualität ihren guten Ruf in der Welt. Das gefährdet unseren wirtschaftlichen Vorsprung vor anderen Industrienationen.

#### *4.2.3 Die heimische Bauwirtschaft stärken*

Bei großen öffentlichen Bauvorhaben setzen wir uns für mittelstandsfreundliche Vergaben und für eine transparente Finanzierung ein. Die sogenannten Public-Private-Partnership (PPP) - Modelle verschleiern die Kosten für den Bau sowie den Betrieb und sind teurer als konventionell umgesetzte Bauvorhaben. Sie begünstigen zudem ausschließlich große, nicht in Sachsen-Anhalt ansässige, Baukonzerne.

#### *4.2.4 Kompetenz der Fachämter kommunaler Bauauftraggeber stärken*

Die seit Jahren durch Strukturänderungen und Landesvorgaben betriebene fachliche Ausdünnung zu Gunsten von Verwaltungsfachleuten und Juristen schmälert die Reputation der Fachämter. Sie zeigen sich immer weniger in der Lage, gleichrangige Partner für Auftragnehmer wie Architekten, Ingenieure und Baufirmen zu sein. Dies ist aber notwendig, um Bauvorhaben hinsichtlich Kosten, Terminen und Qualität leiten zu können.

#### *4.2.5 Überregulierung abbauen*

Nahezu alle Unternehmen leiden beträchtlich unter einer Vielzahl nationaler und zunehmend europäischer Vorschriften und Gesetze, die ihre Tätigkeiten regulieren. Diese Gesetzesflut belastet insbesondere kleinere Unternehmen. Der Staat soll generelle Richtlinien erlassen und auf etwaige Detailregelungen verzichten. Den Unternehmern und Bürgern muss hier mehr Eigenverantwortung zugestanden werden.

#### *4.2.6 Bürokratie abbauen und den Fördermitteldschungel lichten*

Angestellte kommunaler Fachämter verbrauchen einen zu großen Teil ihrer Arbeitszeit für Antragstellung, Nachweisführung und Abrechnung. Geplant und entwickelt wird nicht immer was für die Stadt notwendig ist, sondern was gerade in laufende Förderprogramme passt. Daher wollen wir auch die Eigenverantwortlichkeit der Kommunen für städtebauliche Entwicklungsziele erhöhen.

#### *4.2.7 Reduzierung arbeitsmarktpolitischer Instrumente*

Nahezu alle Programme zur Erleichterung des Einstiegs oder Wiedereinstiegs in das Berufsleben führen zu Mitnahmeeffekten und Wettbewerbsverzerrungen, nicht aber zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Wirtschaftsverbände haben ein natürliches Interesse an einem großen Arbeitskräfteangebot. Jede Arbeitsmarktpolitik dagegen kann nur das Ziel verfolgen, die Arbeitslosenquote zu verringern, was aber die Auswahl für personalsuchende Unternehmen schmälert. Aufgabe einer vernünftigen Wirtschaftspolitik ist es, beide Interessen zu beachten.

In der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen vor allem die persönliche Qualifikation, nicht aber das Geschlecht, den Ausschlag geben.

#### *4.2.8 Stärkung innovativer Ansätze der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik*

Der Missbrauch von Zeitarbeit und "Werkverträgen" muss enden. Zeitverträge dürfen nicht unbegrenzt verlängert werden. Dazu muss die

Differenz zwischen der Gesamtleistung „Hartz IV“ und dem Einkommen in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen deutlicher ausgeprägt sein.

#### *4.2.9 Verwaltungsaufwand*

Berufsgenossenschaften, Sozialkassen und ähnliche Einrichtungen, die mit Zwangsbeiträgen finanziert werden, sollen im Hinblick auf Ihren Nutzen und ihre Daseinsberechtigung sowie auf Ihr Betätigungsfeld überprüft werden.

### 4.3 Energiepolitik

Die aktuelle Energiepolitik in Deutschland ist in vielerlei Hinsicht verfehlt. Sie orientiert sich an zweifelhaften Klimaprognosen. Die so genannte „Energiewende“ wurde überstürzt und unausgereift auf den Weg gebracht. Sie ist unsozial und fügt Bürgern und Wirtschaft beträchtlichen finanziellen Schaden zu. Gleichzeitig garantiert sie aber den Investoren in erneuerbare Energien satte Gewinne.

Die Energiewende harmoniert als deutscher Sonderweg nicht mit der Energiepolitik der europäischen Nachbarländer. Eine vollständige Deckung des Energiebedarfs Deutschlands aus erneuerbaren Energien wäre technisch nur unter höchstem Aufwand möglich, derzeit aber noch viel zu teuer. Die vorhandenen Speichermöglichkeiten für Wind- und Solarstrom reichen nicht aus. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass die regenerative Stromerzeugung Versorgungssicherheit leisten kann und müssen deshalb weiterentwickelt und gebaut werden.

Die öffentliche Förderung der alternativen Energieerzeugung muss sich auf eine Anschubförderung zur Entwicklung innovativer und zukunftssträchtiger Technologien beschränken. Eine Dauersubvention lehnen wir ab. Die Energieproduktion muss sich am Markt bewähren und Versorgungssicherheit gewährleisten. Sie muss zudem umweltverträglich sowie bezahlbar sein und darf die ökonomische Entwicklung Deutschlands nicht behindern.

Wir setzen uns dafür ein, die Energiepolitik wieder stärker zu einem sachorientierten, stimmigen Gesamtkonzept zu entwickeln und von ideologischen Maßgaben zu trennen. Dabei sind jegliche Arten der Energieerzeugung einzubeziehen. Die Interessen der Stromverbraucher an kostengünstigem Strom müssen dabei stärker berücksichtigt werden.

Wir treten für eine verantwortungsbewusste Weiternutzung der Braunkohle mit modernsten Filtertechniken ein, sofern dem nicht ein ökologisch und ökonomisch wertvolleres Konzept entgegensteht. Braunkohle ist ein heimischer Bodenschatz, der Unabhängigkeit von Importen schafft. Sie sichert im Land eine nicht unbedeutende Zahl von Arbeitsplätzen. Wir fordern eine stärkere Bürgerbeteiligung bei der Planung von Tagebauen sowie eine angemessene Entschädigung betroffener Bürger.

Die Gasförderung mittels Fracking (dem Lösen von Gas aus dem Gestein mittels Chemikalien und hohem Druck) lehnen wir wegen möglicher Gefahren für Umwelt und Bevölkerung ab.

Sachsen-Anhalt ist in Deutschland bereits führend bei der Nutzung von Windenergie. Einen Bau weiterer Windkraftwerke in landschaftlich sensiblen Gegenden lehnen wir daher ab und wenden uns gegen die zunehmende Verschandelung der Landschaft durch neue Großanlagen der Windkraft- und Solartechnik oder zusätzliche Hochspannungsleitungen. Stattdessen setzen wir auf das sogenannte "Repowering", also auf die Modernisierung und Effektivitätssteigerung der vorhandenen Wind- und Solarparks durch neue Technologien, sowie auf Technologien zur Senkung des Energieverbrauchs ohne Einschränkung der Verbraucheranforderungen und auf eine Dezentralisierung der Stromerzeugung.

Die subventionierte Erzeugung von Energie aus Biomasse lehnen wir ab, wenn sie mit der Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln konkurriert. Dies treibt die Ackerpreise in ungeahnte Höhen und gefährdet die Existenz kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe.

In Sachsen-Anhalt gibt es keine Atomkraftwerke. Bei der Frage der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken ist zu berücksichtigen, dass beim letztlich unvermeidlichen Abriss der Kraftwerke so viel Atommüll anfällt, dass eine Verlängerung der Restlaufzeit in Bezug auf die Gesamtmenge des

Atommülls nicht negativ ins Gewicht fällt. Daher setzen wir uns für eine Verlängerung der Restlaufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke entsprechend den vormals verfolgten Planungen ein.

Kommunale Stadtwerke zeichnen sich durch ihre Nähe zum Verbraucher aus. Sie stehen unter lokaler Kontrolle und dienen der Wertschöpfung vor Ort. Wir setzen uns dafür ein, regionale Initiativen zu stärken. Dies gilt auch in Bezug auf die Kraft-Wärme-Kopplung und die Nutzung von Fernwärme.

#### *4.3.1 Energieeinsparung vorantreiben*

Zu einer zukunftsorientierten Energiepolitik gehört auch und vor allem das Bestreben, durch die Entwicklung neuer Technologien Energie einzusparen und die Energieversorgung zu dezentralisieren. Dem entspricht zum Beispiel der Grundgedanke eines autarken Familienhauses, welches durch die Kombination der verschiedensten Techniken realisiert werden kann. Hier stellt sich auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Die persönliche Bereitschaft zur Einsparung von Energie und Ressourcen muss durch Aufklärung in das Bewusstsein unserer Bürger getragen werden. Hier hat der Staat durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit aufklärend und motivierend zu wirken.

#### *4.3.2 Keine thematische Beschränkung der Forschung nach politischen Vorgaben*

Deutschland darf sein energietechnisches Kreativpotential nicht durch einseitige Forschung verschwenden. Wir wollen daher Schwerpunkte auf die Erforschung neuer Speichertechnologien, intelligenter Netzwerke zur Verbrauchssteuerung und bedarfsgerechter Bereitstellung von Strom setzen. Dazu gehört auch Forschung zur Anwendung kleiner, lokaler Blockheizkraftwerke, zur Geothermie (Erd- und Abwärmenutzung) sowie zum Weiterbetrieb und Neubau von Pumpspeicherkraftwerken. Auch die Forschung zur Sicherheit von Kernkraftwerken und zur Nutzung von Restbrennstäben sowie zur Atommüll-Endlagerung ist wieder zuzulassen. Nur wenn ein Problemfeld intensiv beforscht wird, kann man auch Lösungen erwarten.

## 4.4 Verkehrspolitik

Die AfD Sachsen-Anhalt will eine Verkehrspolitik, die im Spannungsfeld zwischen freiem Wettbewerb und sozialer Marktwirtschaft den ökologischen, ökonomischen sowie sozialen Anforderungen der Gegenwart gerecht wird. Um Investitionsstaus abzubauen, wollen wir die Forschung und Entwicklung in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur inkl. Lärmschutz und Barrierefreiheit, Antriebstechnologie, Kraftstoffe, intelligente Verkehrssysteme und modulare Verkehrstypenverbindung fördern.

Im Bereich Schienen- und Bahnverkehr fordern wir:

- *Beseitigung des Investitionsstaus beim Schienennetz*  
Seit vielen Jahren werden wichtige Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen in die Bahninfrastruktur fahrlässig hinausgezögert oder unterlassen. Das gefährdet die Leistungsfähigkeit und Attraktivität des Verkehrsträgers Bahn. Dieses Zehren von der Substanz setzt die Zukunft aufs Spiel und muss durch ein nationales Investitionsprogramm beendet werden.
- *Keine weitere Privatisierung von Schienennetz und Bahnhöfen*  
Unser Schienennetz ist ein Gemeingut. Es leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Mobilität der Bevölkerung und zum Güterverkehr. Durch die fortschreitende Privatisierung der Infrastruktur wird dies zunehmend gefährdet. Dagegen sprechen wir uns aus.
- *Zentrale Fahrplanerstellung und Ticketverwaltung unter staatlicher Obhut*  
Um den Verkehrsträger Schiene für den Personenverkehr attraktiver zu gestalten, müssen alle Fahrpläne gemeinsam recherchiert und abgestimmt werden können. Auch bei der gewünschten Anbieterkonkurrenz muss es möglich sein, mit einer Fahrkarte jedes Ziel zu erreichen.
- *Bahntickets mit ermäßigtem Mehrwertsteuersatz*

Der Staat soll dem Anliegen einer umweltverträglichen und kostengünstigen Mobilität per Bahn durch Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Bahntickets Rechnung tragen. Hiermit wird die private Bahnnutzung durch finanziellen Anreiz gefördert.

- *Bessere Verzahnung mit anderen Verkehrsträgern*

Die Attraktivität der Bahn wird erst durch die Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern gesteigert. Gerade auf dem Land sind bei weniger dichter Verkehrsinfrastruktur leistungsfähigere Knotenpunkte zu schaffen, z. B. durch zusätzliche Parkplätze in der Nähe von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel.

- *Ausbau der Güterverkehrsinfrastruktur zur Verlagerung der Verkehrsströme*

Um unser Straßennetz zu entlasten, sind die Voraussetzungen für einen effizienten und wirtschaftlich konkurrenzfähigen Güterverkehr zu schaffen. Dazu sind vorhandene Umschlagplätze auszubauen und besser mit dem Straßenverkehrsnetz zu verzahnen. Die AfD spricht sich grundsätzlich dafür aus, Güternah- und Fernverkehr weitestgehend auf die Schiene zu verlegen.

## 4.5 Straßenwesen

### *4.5.1 Bestandsoptimierung vor Neubauprojekten*

Eine Sanierung des bestehenden dichten Straßennetzes soll grundsätzlich Vorrang vor teuren und umweltbelastenden Neubaulösungen haben. Diese sollen nur noch bei dringend notwendigen Ortsumgehungen zur Entlastung verkehrsüberlasteter Ortskerne oder notwendigen Sonderfällen erfolgen.

### *4.5.2 Kein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen*

Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Autobahn weiterhin der schnellste und sicherste Straßenverkehrsträger bleibt und unsere Städte und Dörfer

vom Durchgangsverkehr entlastet. Daher befürworten wir eine situationsangepasste Festlegung von Tempolimits auf Autobahnen.

## 4.6 Kommunale Verkehrsstrukturen

### *4.6.1 Kommunales Radwegenetz flächendeckend ausbauen*

Radfahren ist umweltfreundlich, kostengünstig und gut für die Gesundheit. Um den Radverkehr in deutschen Kommunen noch attraktiver und sicherer zu machen, wollen wir das Radwegenetz zwischen den einzelnen Kommunen flächendeckend ausbauen und verbessern. Neben der Einrichtung neuer Radfahrstreifen und Radwege gehört dazu auch die bessere Kennzeichnung von Radwegen und die Schaffung radfahrerfreundlicher Kreuzungsbereiche und Ampelregelungen.

Bisher besteht nur zwischen wenigen Ortschaften im ländlichen Raum eine Radwegeverbindung. Die Fahrradfahrer sind gezwungen die Bundes- Land- oder Kreisstraßen zu benutzen, was in der Vergangenheit regelmäßig zu schweren Verkehrsunfällen führte.

### *4.6.2 Expansion des öffentlichen Nahverkehrs*

Der öffentliche Personennahverkehr hat in Stadtzentren Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr mit all seinen Problemen wie Luftbelastung, Parkplatzmangel und Stadtbildverschandelung. Dies muss beim Ausbau und bei der Sanierung des innerörtlichen Verkehrsnetzes beachtet werden. Auf dem Lande muss der weiteren Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs entschieden entgegengewirkt werden.

### *4.6.3 Förderung innovativer Verkehrskonzepte*

Jede Entlastung unserer Innenstädte vom motorisierten Individualverkehr soll unterstützt werden. Dazu gehören auch neue Formen gemeinschaftlich organisierter Mobilität wie z.B. Fahrgemeinschaften und Mietfahrräder.

Die Rahmenbedingungen zur Nutzung solcher Mobilitätskonzepte sollen verbessert werden.

## 4.7 Politik für den ländlichen Raum

### *4.7.1 Verbesserung der Infrastruktur auf dem Lande*

Die Landes- und Regionalplanung Sachsen-Anhalts muss künftig auf eine deutlich verbesserte Infrastruktur auf dem Lande abzielen. Die Planungshoheit der Gemeinden ist zu stärken. Private Investitionen sind zu erleichtern, bürokratische Hürden abzubauen. Dies sind wichtige Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung des ländlichen Raumes, um die weitere Abwanderung zu stoppen und eine nachhaltige Bevölkerungsstruktur aufzubauen. Weiterhin ist der öffentliche Personennahverkehr wieder besser zu vernetzen. Die ärztliche Versorgung auf dem Lande ist quantitativ und qualitativ sicher zu stellen. Eine flächendeckende Versorgung mit Breitbandtechnologie zur Gewährleistung stabiler, schneller Internetverbindungen ist als Voraussetzung für moderne Heimarbeitsplätze auf dem Lande kurzfristig herzustellen. Dezentrale und eigenverantwortliche Lösungen der Energieversorgung, der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung sind zu begünstigen. Dazu zählen zum Beispiel Möglichkeiten der Einrichtung und Nutzung privater Brunnen für die lokale Trinkwasserversorgung und die Lockerung des Anschluss- und Benutzungszwangs.

Wir sprechen uns gegen den Zwangseinbau von vollbiologischen Kläranlagen und für Elementarpflichtversicherungen bei Hochwassergefahr aus und befürworten eine Innenstadtsanierungsgewinnbeteiligung nach Naturkatastrophen. In diesem Zusammenhang fordern wir für künftige Hochwasser mehr Überflutungsflächen und weniger Versiegelungen oder Einengungen entlang der Flussläufe in Sachsen-Anhalt und den Nachbarländern. Die in Planung befindlichen bzw. bereits begonnenen Hochwasserschutzmaßnahmen sind zügig fortzuführen und zu vollenden.

#### *4.7.2 Zuzug in den ländlichen Raum fördern*

Im ländlichen Raum finden wegen des Bevölkerungsrückgangs viele Immobilien keine Käufer mehr. Dadurch verlieren die Orte immer schneller an Attraktivität. Andererseits interessiert sich aber eine wachsende Zahl von Städtern in den letzten Jahren für den ländlichen Lebensstil abseits von Enge und Hektik. Die Motive sind dabei vielschichtig und die AfD will Wege aufzeigen, wie die Ansiedlung von Städtern im ländlichen Raum gefördert werden kann. Dafür müssen die Verfügbarkeit von Immobilien im ländlichen Raum sichtbarer gemacht, Siedlungsinteressenten über verschiedenste Foren vernetzt und informiert sowie die Selbstorganisation der Siedlungsinteressenten in Baugemeinschaften und -genossenschaften gefördert werden.

#### *4.7.3 Lokale Gemeinschaft stärken*

Hohe Mobilität, Internet sowie allseits verfügbare Telekommunikation begünstigen die Bildung von Gruppen und Netzwerken, die keinen lokalen Bezug mehr haben. Die Bindungen und Verbindungen zu Menschen im eigenen Umfeld verlieren damit an Bedeutung mit der Folge, dass sich die städtische Anonymität immer mehr auch in den Vororten und im ländlichen Raum ausbreitet. Wenn sich die lokalen Gemeinschaften auflösen beginnen, schwächt dies die Gesellschaft. Sie wird zunehmend von staatlich-politischen sowie wirtschaftlichen Akteuren dominiert, da sie ihre Interessen nicht mehr ausreichend zu artikulieren vermag.

Deshalb benötigt eine freiheitlich verfasste Gesellschaft eine starke Bürgerschaft. Nur eine Gesellschaft mit Zusammenhalt ist auch eine humane Gesellschaft. Die Lebensqualität hängt hier nicht zuletzt vom emotionalen Bezug zum Wohnort, zu den Menschen im eigenen Lebensumfeld, vom Heimatgefühl ab. Fehlt solch ein Bezug, ist der Weg zu Isolierung und Vereinsamung nicht weit. Es gilt, die lokalen Gemeinschaften und deren Zusammenhalt zu fördern und zu stärken.

Die AfD Sachsen-Anhalt fordert daher:

- mehr Plätze der Begegnungen zu schaffen um der Anonymität im öffentlichen Raum entgegen zu wirken und

- das ehrenamtliche Engagement der Bürger in Feuerwehren, Kirchengemeinden, Sportvereinen und anderen Gemeinschaften zu fördern

#### *4.7.4 Wiederbelebung des grundgesetzlich verankerten Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden*

Wir fordern, das in Artikel 28 des Grundgesetzes verankerte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nicht länger zu beschneiden und die Verlagerung von Kompetenzen an übergeordnete Instanzen zu beenden. Die Entscheidungsbefugnisse der Ortsvertretungen für lokale Belange sind zu stärken. Weitere Gebietszusammenschlüsse und Eingemeindungen sollen nur noch freiwillig möglich sein. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollen Entscheidungen auf der Ebene getroffen werden, die diese betreffen. Dies stärkt die demokratischen Mitwirkungsrechte und die Akzeptanz von Entscheidungen in der Bevölkerung. Durch Bürgerbegehren sollen bereits erfolgte Gebietszusammenschlüsse und Eingemeindungen rückgängig gemacht werden können.

#### *4.7.5 Aufgabengerechte Finanzausstattung der Landkreise und Kommunen*

Die Förderpolitik darf keine Anreize für Fehlinvestitionen setzen. Entsprechend der Neuausrichtung von öffentlichen Aufgaben und Entscheidungskompetenzen muss auch die Finanzausstattung der Akteure verbessert werden.

*Zu diesem Zweck sollen* Ortschaften 5 € pro Einwohner und Jahr als ungebundene Schlüsselzuweisung vom Land erhalten. Wofür diese Zuweisung verwendet wird, hat der Ortschaftsrat per Abstimmung zu beschließen. Die Einwohner sollen bei der Entscheidungsfindung eingebunden werden.

#### *4.7.6 Stärkung des ehrenamtlichen Engagements bzw. der gemeinnützigen Vereine*

Freiwillige Feuerwehren, Vereine und Initiativen sollen als maßgebliche Säulen einer intakten Gemeinschaft vor allem im ländlichen Raum über das bisherige Maß hinaus gestärkt werden. Sie sind ein wichtiger Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Entwicklung der Gemeinden. Dabei geht es nicht allein um direkte Finanzaufweisungen nach dem Gießkannenprinzip, sondern um die Einführung von abgestuften Belohnungssystemen für ehrenamtliches Engagement. Soweit dieses Engagement durch bürokratische Hürden behindert wird, sind Vereinfachungen zu prüfen.

Die AfD Sachsen-Anhalt erkennt auch ehrenamtliche politische Tätigkeit in besonderem Maße an und stellt sich voll hinter die Forderung des Städte- und Gemeindebundes, dass für Aufwandsentschädigungen ehrenamtlich Tätiger keine Sozialabgaben zu entrichten sind.

## 4.8 Förderung der Landwirtschaft

### *4.8.1 Ablehnung gentechnischer Veränderung der Pflanzen*

Die Landwirtschaft ist seit über 1000 Jahren prägend für die Kultur- und Naturlandschaften des jetzigen Sachsen-Anhalts. Sie wird wie in allen EU-Staaten maßgeblich mitgeprägt durch Subventionen der EU, die zum einen der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dienen und zum anderen zusätzliche gesellschaftliche Leistungen wie Arten- und Biotopschutz honorieren sollen. Grund und Boden, das Hauptproduktionsmittel unserer Bauern und Agrarbetriebe, darf nicht zum Spekulationsobjekt werden.

Agrarsubventionen sind der größte Einzelposten des EU-Haushalts. Aktuell erlebt unsere Landwirtschaft im Zuge der sog. „Energiewende“ eine starke Intensivierung durch den Anbau von Energiepflanzen wie Mais und Raps. Durch die subventionierten Vergütungen für Bioenergie besteht zunehmend das Risiko, dass die dazu notwendige Flächennutzung mehr und mehr die Nahrungsmittelproduktion verdrängt. Die Pachtpreise für neu verpachtete Flächen werden durch den lukrativen Anbau von Energiepflanzen wie auch durch zunehmende Bodenspekulationen in die Höhe getrieben.

Die AfD Sachsen-Anhalt will geeignete Rahmenbedingungen im Interesse der Landwirte schaffen, um dieser Praxis entgegen zu wirken. Kleine landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe sind unter den heutigen Bedingungen kaum überlebensfähig. Deshalb muss eine zukunftsgerechte Landwirtschaft auf konkurrenzfähige Betriebsgrößen und den richtigen Produktmix abstellen.

Es gibt begründete Vorbehalte gegenüber Lebensmitteln aus gentechnisch veränderten Pflanzen. Für die Ernährung werden gentechnisch veränderte Pflanzen nicht benötigt. Wir lehnen daher Produkte aus gentechnisch veränderten Pflanzen ab und fordern eine Kennzeichnungspflicht, um den Verbrauchern die Wahl zu lassen, ob sie derartige Produkte kaufen und verzehren wollen oder nicht. Wir wollen uns allerdings dafür einsetzen, dass auf diesem Gebiet weiter geforscht wird.

#### *4.8.2 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Umbau der Agrarsubventionen*

Die Arbeit der Behörden und der Einsatz von Fördermitteln müssen darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Bauern, Gärtner und Forstwirte zu erhalten bzw. weiter zu verbessern. Das Nebeneinander von konventioneller Landwirtschaft und den verschiedenen Formen ökologischen Landbaus ist für uns kein Widerspruch, sondern wesentliches Merkmal eines fruchtbaren Wettbewerbs der konkurrierenden Produktionsweisen.

Wir fordern eine umfassende Reform der Agrarpolitik der EU, damit kleine Landwirtschaftsbetriebe mit EU-Beihilfen wirtschaftlich arbeiten können. Perspektivisch sind die Beihilfen weniger zur pauschalen Förderung pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche zu zahlen, sondern verstärkt an zusätzlichen Leistungen der Landwirte für die Gesellschaft wie Biotop- und Artenschutz, Hochwasserschutz, Gewässerqualität, Bodenschutz oder Landschaftsbild zu orientieren. Für Flächen mit Energiepflanzen sollen keine Flächenbeihilfen mehr gezahlt werden.

Die Vermarktung regionaler Agrarprodukte der Tier- und Pflanzenproduktion ist zu fördern. Massentierhaltung und Import von

Agrarprodukten ist weitestgehend entgegen zu wirken, regionale Alternativen sind die bessere Lösung.

#### *4.8.3 Ausverkauf von Ackerland an Spekulanten stoppen!*

Die Preise für Ackerland haben sich in Sachsen-Anhalt seit dem Jahr 2000 verdreifacht. Insbesondere seit 2008 ist ein stetiger Anstieg festzustellen, der jährlich bei ca. 10 % liegt. In der Folge sind auch die Pachtpreise stark gestiegen. Diese Preissteigerungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Landwirte Sachsen-Anhalts. Viele Betriebe können die Preissteigerungen nicht mehr schultern.

Als einer der Hauptpreistreiber ist die BVVG zu nennen, da insbesondere hier die Verkaufspreise über dem Durchschnitt liegen. Schon jetzt sind 20 % der neuen Erwerber Nichtlandwirte. Diese Entwicklung ist sehr bedenklich, da den einheimischen Landwirten zunehmend die Produktionsgrundlage entzogen wird. Der Landwirtschaftsminister verspricht seit Jahren ein Gesetz um diesen Entwicklungen entgegen zu wirken, bisher leider ohne Erfolg.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass durch das Land Sachsen-Anhalt entsprechende Regularien eingeführt werden, um die Verkäufe der BVVG besser zu steuern. Insbesondere brauchen wir mehr Flexibilität zwischen Verpachtung und Verkauf. Kurzfristige Pachtverträge müssen auf Verlangen des Pächters verlängert werden können. Die Ausschreibungen müssen auf maximal 5 ha je Los bei Verkäufen der BVVG begrenzt werden. Zudem braucht es eine vorrangige und uneingeschränkte Erwerbsmöglichkeit durch regionale Landwirtschaftsbetriebe.

#### *4.8.4 Sofortiges Verbot von Glyphosat in der Vorerntezeit!*

Die AfD ist nicht grundsätzlich für ein Verbot aller Pflanzenschutzmittel. Wir setzen uns jedoch dafür ein, dass Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Glyphosat nicht mehr auf Pflanzenbestände ausgebracht werden dürfen, um deren Abreife zu beschleunigen. Diese Art der direkten Ausbringung auf eigentlich reife Nahrungsmittel lehnen wir ab. Schon jetzt sind Menschen mit Glyphosat oder dessen Abbauprodukten belastet. Glyphosat steht in dem Verdacht gesundheitsschädlich und krebserregend

zu sein und wird von verschiedenen Organisationen als bedenklich eingestuft. Aus diesem Grund muss der Einsatz von Glyphosat direkt vor der Ernte sofort verboten werden, bis das Bundesamt für Risikobewertung anhand von unabhängigen Studien die Auswirkungen auf Mensch, Tier und Flora umfassend bewertet hat.



## **5. Verwaltung, Innere Sicherheit, Recht**

Die Alternative für Deutschland steht für Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt sich entschieden hinter die Forderung der Verfassung, wonach alles staatliche Handeln an Recht und Gesetz gebunden ist.

### **5.1 Verwaltung**

Das Handeln der öffentlichen Verwaltung darf sich nicht vorrangig an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientieren.

Die Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte ist durch die Sicherung ausreichender Steuereinnahmen bei Schuldenfreiheit, schlankem Staat und effizientem Verwaltungshandeln sicherzustellen.

Die Tätigkeit der öffentlichen Hand soll sich auf die Erledigung der klassischen Kernaufgaben des Staates konzentrieren. Dazu gehört die Sicherung der Daseinsvorsorge. Darüber hinaus gehende Aufgaben sollen nur dann von staatlichen Stellen übernommen werden, sofern diese von privaten Dienstleistern nicht wirtschaftlicher erledigt werden können. In Bereichen, in denen die Privatwirtschaft tätig ist, soll der Staat nicht durch sein Handeln eine steuerfinanzierte Wettbewerbssituation aufbauen.

Ebenso gehört es nicht zu den Aufgaben des Staates, einen mithilfe von horrenden Zwangsabgaben künstlich aufgeblähten Staatsfunk zu unterhalten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss drastisch verschlankt werden. Wir fordern deshalb, dass Sachsen-Anhalt den Rundfunkstaatsvertrag einseitig aufkündigt und so das GEZ-System zur Neuordnung zwingt. Ziel soll die Abschaffung der GEZ sein. Der staatliche Rundfunk soll künftig aus ein bis zwei Kanälen bestehen, die der Grundversorgung der Staatsbürger mit Informationen dienen und dabei ein strenges Neutralitätsgebot zu beachten haben.

Die AfD fordert: Die Leistungen der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes für das Gemeinwohl müssen angemessen honoriert werden. Das umfasst eine ideelle und materielle Würdigung der Arbeit, wobei die Arbeitsplatzsicherheit im Öffentlichen Dienst zusammen mit der Höhe der

Vergütung und Qualität der Alterssicherung im geeigneten Verhältnis stehen muss.

Das Landesverwaltungsamt als politikferne Mittelbehörde verhindert den direkten Zugriff der politischen Führung auf den Vollzug von Gesetzen und ist daher ein verlässliches Element der Rechtsstaatlichkeit. Es nimmt außerdem unterhalb der Ministerien eine unerlässliche Bündelungsfunktion wahr. Die AfD fordert daher, das Landesverwaltungsamt in seiner Funktion zu stärken.

Die kommunale Selbstverwaltung gewährleistet die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Elektrizität und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser, Restmüll etc. Diese Aufgaben werden häufig durch jeweils nur einen Betrieb erfüllt. Ein konkurrierender Markt existiert nicht und dies eröffnet die Gefahr von Monopolstellungen, die bei sicheren Einnahmen zu überhöhten Gewinnen auf Kosten der Allgemeinheit führen können. Ver- und Entsorgungsaufgaben mit Monopolcharakter müssen auf kommunaler Ebene grundsätzlich durch die öffentliche Hand übernommen werden.

Wir wollen, dass Netzleitungen, die im Eigentum der Allgemeinheit stehen und von dieser finanziert wurden, grundsätzlich nicht veräußert oder verpachtet werden dürfen. Bereits erfolgte derartige Privatisierungen sind rückabzuwickeln.

## 5.2 Innere Sicherheit

### *5.2.1 Polizei und Verfassungsschutz*

Die innere Sicherheit und das Sicherheitsempfinden unserer Bürger sind Grundlagen für das Funktionieren unseres demokratischen Gemeinwesens. Kein Bürger soll um seine Freiheit, sein Leben, seine Gesundheit oder sein Hab und Gut durch Kriminalität fürchten müssen. Staatliche Stellen müssen die öffentliche Sicherheit und Ordnung stets gewährleisten können. Ebenso muss das gesamte öffentliche Leben in allen Bereichen unserer demokratischen Gesellschaft nach den von ihr gesetzten Regeln ablaufen.

Deshalb wollen wir:

- die Polizei personell stärken, effektiv ausrüsten und ihre Methoden zur Strafvereitelung, Strafaufklärung und Verbrechensbekämpfung weiter entwickeln,
- die Polizeipräsenz im gesamten Land gewährleisten und eine effektivere Zusammenarbeit mit der Bevölkerung organisieren,
- den Einsatz von Polizeibeamten auf rein polizeiliche Maßnahmen beschränken und diese von Verwaltungstätigkeiten entlasten,
- die Rasterfahndung nach Straftätern auf richterlichen Beschluss zulassen,
- die Prävention gegen Gewalt und Kriminalität vor allem im Erziehungsprozess der Kinder und Jugendlichen verstärken,
- die Justiz und den Strafvollzug stärker auf den Opferschutz ausrichten,
- Herkunft und Nationalität von Straftätern veröffentlichen,
- die Resozialisierung von Straftätern wirkungsvoller gestalten sowie
- die Wirksamkeit von Feuerwehren, Notdiensten und des Katastrophenschutzes sowohl materiell als auch personell verstärken.

Es darf nicht Aufgabe der staatlichen Verwaltung und des Verfassungsschutzes sein, das politische Tun der Bürger zu bewerten. Die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Organisation ist laut Verfassung dem Verfassungsgericht zugewiesen. Dagegen ist es Pflicht des Verfassungsschutzes, verfassungsfeindliche Strukturen und Spionage durch Einsatz geheimdienstlicher Mittel aufzuklären und so die Voraussetzung für ihre Bekämpfung zu schaffen. Die AfD fordert daher, den Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt auf genau diese Aufgaben zu konzentrieren. Schnittstellen zwischen Verfassungsschutz und Polizei sind zu benennen und doppelte Zuständigkeiten zu vermeiden.

Die unter der Bezeichnung „Organisationsfortentwicklung“ von Innenminister Stahlknecht veranlasste Strukturreform führte zu bislang ungeahnten chaotischen Zuständen in der Polizei. Es entstand der Eindruck, das Personal der Polizei werde hektisch und unüberlegt hin- und

her geschoben, so dass die Aufgaben der Polizei, dauerhaft Präsenz zu zeigen und Verbrechen zu bekämpfen, zu kurz kommen mussten. Wir setzen uns dafür ein, dieses Experiment sofort zu beenden und eine realistische Personalbedarfsanalyse durchzuführen.

Die AfD fordert daher: Der Personalabbau bei der Polizei ist zu stoppen, denn innere Sicherheit erträgt kein Handeln nach Kassenlage. Gerade vor dem Hintergrund von Massenzuwanderung und exponentiell steigender Kriminalität verdient der Bereich Innere Sicherheit besondere Beachtung und Förderung.

Wir haben uns dem entschiedenen Kampf gegen Kriminalität und Erosion des Rechtsstaats verschrieben. Alle Bürger des Landes Sachsen-Anhalt haben ein Recht auf Sicherheit und die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols. Dies setzt eine handlungsfähige Polizei sowie die rasche und konsequente Sanktionierung von Straftätern durch die Justiz voraus.

Der Staat darf rechtsstaatswidrige Verhältnisse niemals dulden. Bei der Förderung politischer Verbände ist sicherzustellen, dass sich die Empfänger öffentlicher Mittel vorbehaltlos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

Zur Wahrung der inneren Sicherheit ist es unverzichtbar, jegliche Form von Extremismus durch die entsprechenden Behörden zu verfolgen und auch zu bekämpfen. Die Finanzierung von radikalen Strömungen mit öffentlichen Geldern ist zu unterlassen.

Die Polizeivollzugsbeamten Sachsen-Anhalts sind derzeit mit einer hohen Anzahl von Überstunden belastet. Der volkswirtschaftliche Schaden, der insbesondere durch Einbruchskriminalität und organisierte Kriminalität verursacht wird, überwiegt die Personalkosten, die im Zuge der Aufstockung anfallen, bei weitem.

Die AfD unterstützt deshalb die Forderungen nach einer Aufstockung der Landespolizei mittelfristig auf mindestens 7.000 Stellen.

Die in Regie des amtierenden Innenministers initiierten organisatorischen Veränderungen konnten weder die Polizeiarbeit verbessern noch die Aufklärungsquote erhöhen.

Die Zusammenführung der Polizeidirektionen in eine Behörde wird von der AfD unterstützt, sofern das Ergebnis einer Verwaltungsuntersuchung Kosteneinsparungen ohne gleichzeitigen Verlust an Arbeitseffizienz und -qualität nachvollziehbar bescheinigt. An den jetzigen Standorten sollten jedoch weiterhin Dienstbereiche für besondere Aufgaben belassen werden.

Eine Zentralisierung der Polizeiverwaltung lehnen wir ab, da sich dadurch weder finanzielle noch personelle Einsparungen erzielen lassen. Vielmehr würde die Effizienz der Polizeiarbeit auf Grund des höheren Verwaltungsaufwandes sinken.

Um die Zufriedenheit und damit Leistungsfähigkeit der Polizeibeamten zu steigern, fordert die AfD die Einführung eines nachhaltigen, zukunftsfähigen Beförderungsmodells für die Polizei. Der vorhandene Beförderungsstau ist aufzulösen.

Gewalt gegen Polizeibeamte wird von der AfD ausdrücklich verurteilt. Die entsprechenden Straftatbestände sind zu verschärfen und konsequent gegen jeden, auch gegen Straftäter aus den Reihen der Linksautonomen und Zuwanderer, durchzusetzen. Hier deutete sich in der Vergangenheit eine Ungleichbehandlung vor dem Gesetz an. Dem widerspricht die AfD entschieden!

Die Flutkatastrophen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass dem Katastrophenschutz des Landes Sachsen-Anhalt eine kompetente zentrale Koordinierung mit entsprechendem Weisungsrecht fehlt. Die AfD fordert, eine zentrale staatliche Leitstelle für den Katastrophenfall einzurichten. Die Leitstelle ist nach Klärung der finanziellen und technischen Fragen, insbesondere der Wirtschaftlichkeit, bei der Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt, der Sachsen-Anhalter Landes-, Feuerwehr- oder Katastrophenschutzschule anzusiedeln. Sie soll die Aus- und Fortbildung des Leitstellenpersonals sicherstellen und die Einsatzunterlagen pflegen. Die Leitstelle ist im Katastrophenfall von einem staatlichen Beauftragten zu führen. Die Kosten dafür sind vom Land zu tragen.

### *5.2.2 Die Polizeireform rückgängig machen!*

2014 hat die Landesregierung eine Polizeireform beschlossen, die u. a. die Streichung von rund 2500 Stellen, die Schließung von Revierstationen und

eine weitere Zentralisierung der Polizeikräfte vorsieht. Wir halten diese Reform angesichts der angespannten Sicherheitslage für unverantwortlich und setzen uns für die Stärkung der personellen und materiell-technischen Ausstattung der Reviere auf Kreisebenen ein. Die Reviere tragen die Hauptlast bei der polizeilichen Aufgabenbewältigung. Sie sind nahe am Bürger und brauchen unsere Unterstützung.

Das Zentralisierungsprogramm der Landesregierung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es die bestehenden Sicherheitsdefizite nur verwaltet, anstatt sie zu beseitigen. Eine weitere Zentralisierung polizeilicher Kräfte und Mittel auf die Polizeidirektionssitze in Halle und Magdeburg lehnen wir deshalb strikt ab. Die Polizeireform ist komplett rückgängig zu machen!

### *5.2.3 Bundeswehr*

Landesverteidigung ist primär eine Bundesaufgabe. Die Bundeswehr ist in Sachsen-Anhalt in mehreren Standorten mit insgesamt über 6.500 Soldaten und Zivilbeschäftigten vertreten. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Sachsen-Anhalt zur Bedeutung der Bundeswehr als Arbeitgeber und als regionaler Wirtschaftsfaktor steht und sich gleichzeitig im Bundesrat gegen eine weitere Verkleinerung der Bundeswehr einsetzt. Die AfD wendet sich entschieden gegen Beleidigungen oder Verunglimpfungen deutscher Soldaten. Wir verurteilen jegliche Sachbeschädigungen oder Zerstörungen an militärischen Geräten und Liegenschaften. Die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes muss uneingeschränkt aufrecht erhalten werden. Deutsche Streitkräfte müssen unter deutschem Befehl stehen.

### *5.2.4 An besonderen Brennpunkten kommunale freiwillige Bürgerwehr einführen – Sicherheitslage verbessern!*

Seit Jahren weist die Kriminalstatistik in Sachsen-Anhalt steigende Werte für Diebstahl und Einbruch aus. Im Bundesvergleich hält Sachsen-Anhalt mittlerweile einen traurigen Spitzenplatz als das unsicherste Flächenland Deutschlands. Es ist abzusehen, dass die aktuelle Massenzuwanderung die Sicherheitslage noch weiter verschlechtern wird.

Angesichts dieser Situation fordern wir, dass Kommunen mit besonderen Kriminalitätsbrennpunkten das Recht erhalten, eine freiwillige Bürgerwehr auf kommunaler Ebene einzuführen. Die freiwillige Bürgerwehr soll dem Ordnungsamt unterstehen. Sie bildet eine Hilfspolizei, die der Landespolizei zuarbeitet und sie von Aufgaben entlastet, die nicht zwingend von Polizeibeamten durchgeführt werden müssen.

Angehörige der freiwilligen Bürgerwehr sollen eine geringe, im Rahmen der Übungsleiterpauschale, steuerfreie Aufwandsentschädigung erhalten.

Die freiwillige Bürgerwehr dient ausdrücklich nicht der Entlastung des Haushaltes, sondern der Verbesserung der Sicherheitslage bei gleichbleibenden Mitteln. Sie darf keine regulären Polizeistellen ersetzen.

Eine solche kommunale Bürgerwehr an Brennpunkten der Kriminalität wird Straftäter abschrecken, Straftaten vereiteln und dazu beitragen, dass die Aufklärungsquote steigt. Sicherheit darf zu keinem Luxusgut werden; sie ist ein Grundrecht des Bürgers!

## 5.3 Recht

### *5.3.1 Allgemein*

Die Rechtspflege ist, wenn sie ihre zentrale Aufgabe, den Rechtsfrieden zu gewährleisten, erfüllen soll, auf Unabhängigkeit in jeder Verfahrensstufe und bei jedem Verfahrensschritt angewiesen. Schwindet das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz, ist die Gesetzestreue der Bürger gefährdet. Die AfD hält daher eine Rücknahme von politischen Einflussmöglichkeiten auf die Justiz für erforderlich.

Justizminister haben, anders als bei Richtern, gegenüber Staatsanwälten ein Weisungsrecht. Damit ist eine Einflussnahme auf das rechtsstaatliche Verfahren gegeben und dem politischen Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

Die AfD fordert daher, Entscheidungen des Staatsanwalts im Rahmen des Strafrechts von der Weisungsgebundenheit auszunehmen. Bei der Einstellung von Richtern muss zweifelsfrei allein die fachliche Eignung Einstellungsvoraussetzung sein. Die derzeitige Form der Einstellungsverfahren von Richtern über das Justizministerium ermöglicht die Wahl nach Parteibuch. Wir fordern, dass die Auswahl und die

Einstellungsentscheidung von Richtern durch ein Gremium erfolgt, in dem ausschließlich Richter vertreten sind. Außerdem fordern wir die Überprüfung der Justizstrukturreform.

Wir setzen uns dafür ein, dass zugewanderte Straftäter ohne deutsche Staatsbürgerschaft bei einer Verurteilung wegen Verstoß gegen das Waffengesetz, wegen Mord, Totschlag, Körperverletzung mit Todesfolge oder Vergewaltigung zwingend ausgewiesen werden. Unabhängig von diesen Tatbeständen fordern wir, dass Ausländer bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr generell ausgewiesen werden. Bislang ist hier eine zwingende Ausweisung erst ab einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren unabhängig vom Straftatbestand vorgesehen.

### *5.3.2 Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln*

Die Alternative für Deutschland fordert eine umfassende Modernisierung des Verwaltungshandelns, in welchem der Bürger im Mittelpunkt des Veränderungsprozesses steht. Wir verfolgen damit das Ziel, Bürokratie abzubauen, Bürgern einen möglichst einfachen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen anzubieten, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu stärken, die Formen demokratischer Beteiligung zu fördern und durch Transparenz das Vertrauen in Politik und Verwaltung wieder herzustellen. Die Modernisierung der Verwaltung ist für eine Neuordnung der Beziehung zwischen Bürger und Staat unumgänglich. Ein Übermaß an behördlicher Regulierung schadet der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, hemmt Modernisierungsprozesse in der Verwaltung, verhindert Bürgerbeteiligung und begünstigt einen verschwenderischen Umgang mit Steuermitteln.

## 5.4 Direkte Demokratie

### *5.4.1 Allgemeine Forderungen*

Wir fordern, bestehende und geplante Gesetzesvorhaben der Landesregierung hinsichtlich ihrer Erfüllungskosten für Bürger, Unternehmen und Verwaltungen zu überprüfen.

Wir wollen, dass die Ziele eines Offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns mit einer hohen Kosteneffizienz sowie einer generationsgerechten Finanzpolitik in allen Gebietskörperschaften Sachsen-Anhalts verwirklicht werden. In diesem Zusammenhang ist die verpflichtende Einführung einer Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung für alle Städte, Gemeinden, Landkreise und Ämter des Landes Sachsen-Anhalt zu prüfen. Steuergeldverschwendung muss ebenso wie Steuerhinterziehung, konsequent strafrechtlich geahndet werden.

Verwaltungsdienstleistungen sollen mit Hilfe moderner, leistungsfähiger und wirtschaftlicher Informationstechnologie angeboten werden.

Wir fordern eine umfassende Modernisierung der Personalwirtschaft, welche objektive Kriterien bei Stellenbesetzungen fördert, die Karriereplanung der Bediensteten verbessert, eine zeitgemäße und fachspezifische Weiterbildung ermöglicht, die Zahl der Verbeamtungen zur Verringerung der Pensionslasten auf ein notwendiges Minimum reduziert, derzeit steile hierarchische Organisationsstrukturen deutlich abflacht und so genannte „Whistleblower“ gemäß den Regeln der Antikorruptionsorganisation „Transparency International“ schützt.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Sachsen-Anhalt grundsätzlich auf eine private Vorfinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen durch PPP-Modelle („public private partnership“) verzichtet. Mit PPP-Modellen werden finanzielle Lasten in die Zukunft verschoben. Sie sind daher als eine Art versteckten Schuldenmachens zu sehen, wodurch zukünftige Handlungsspielräume eingeschränkt werden. Zudem ist der Einfluss des Landes auf die Leistungsinhalte nach Vertragsabschluss wesentlich geringer, als wenn das Land die Maßnahmen selbst durchführt. Nicht zuletzt spricht gegen PPP-Modelle, dass dabei der Gewinn der privaten Partner von der Allgemeinheit mitfinanziert werden muss.

Die notwendigen Eigenmittel zur Kofinanzierung von Bundes- und EU-Programmen sind zu sichern. Priorität genießen außerdem die Bereiche öffentliche Sicherheit, Schul- und Ausbildung sowie Umsetzung von Erkenntnissen zur Erzeugung innovativer Produkte der heimischen Wirtschaft.

Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen möglichst viele Aufgaben im Verbund erledigen, um Kosten und Verwaltungsaufwand zu senken.

Die AfD Sachsen-Anhalt lehnt eine Erhöhung der Stellenzahlen für politische Beamte im Land sowie jegliche politische Einflussnahme auf die Stellenbesetzung im öffentlichen Dienst ab. Zwingend erforderlich ist hingegen die Aufstockung der Stellen bei Polizei, Kinderbetreuung, Schulen und Gesundheitswesen.

#### *5.4.2 Stärkung der direkten Demokratie*

Gemäß dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Dieser Anspruch wird nicht ausreichend damit erfüllt, dass Wähler alle 4 oder 5 Jahre ein Kreuz machen können, sonst aber kaum Möglichkeiten haben, auf politische Entwicklungen und Entscheidungen direkten Einfluss zu nehmen. Wir möchten dem entgegenwirken, dass immer mehr Bürger resignieren und sich auf die Position „Die da oben machen ja doch was sie wollen“ zurückziehen.

Um die Beteiligung der Bürger an Entscheidungen zu verbessern, ist direkte Demokratie auf Landes- und Kommunalebene zu fördern. Die Möglichkeiten der Bürger zur direkten Mitbestimmung sind zu erweitern. Die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind in Sachsen-Anhalt zu hoch, so dass diese Elemente im bundesweiten Vergleich wenig genutzt werden. Quoren sind nach bayerischem Vorbild abzuschaffen. Unser Ziel ist es, Sachsen-Anhalt zum Musterland der direkten Demokratie zu machen.

Wir sehen einen besonderen Schwerpunkt darin, für alle Bereiche der Kommunal-, Landes- und letztlich auch der Bundespolitik Instrumente der direkten Demokratie deutlich zu verbessern oder neu zu schaffen. Dazu fordern wir auf allen Ebenen und für alle Politikbereiche (unter anderem nach dem Vorbild der Schweiz):

- Volksinitiativen für Gesetzesvorschläge aus der Mitte des Volkes;
- Volksbegehren zur Überprüfung von Gesetzentwürfen, die von Parlamenten verabschiedet werden sollen;

- Volksentscheide zur Korrektur bestehender Gesetze (z. B. Kommunalabgabengesetz);
- Volksentscheide vor allen Grundgesetzänderungen oder vor Abgabe nationaler Kompetenzen an die EU

Wir fordern, die Legislaturperiode des Landtags von derzeit 5 auf 4 Jahre zu verkürzen. Damit bezwecken wir, dass die Bürger des Landes als Souverän häufiger über die Besetzung des Landtags bestimmen und somit einen stärkeren Einfluss auf die Gesetzgebung sowie die Zusammensetzung der Landesregierung nehmen können.

#### *5.4.3 Absenkung der Sperrklausel von 5 auf 3%!*

Die 5%-Sperrklausel ist eingeführt worden, um die Regierungsbildung zu erleichtern und für klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu sorgen. Ihr Hintergrund sind die schlechten historischen Erfahrungen in der Weimarer Republik. Heute aber wirkt die 5% Sperrklausel als Demokratiebremse. Sie führt dazu, dass weite Anteile des Wählerspektrums keine demokratische Repräsentation und Meinungen kein Gehör finden. Deshalb fordern wir, die Sperrklausel im Landtag von Sachsen-Anhalt auf 3% abzusenken.

#### *5.4.4 Handlungsschwerpunkt Transparenz*

Der Handlungsschwerpunkt Transparenz umfasst die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die Umsetzung des Bürgerwillens aber auch die Stimulierung des Binnenmarktes. Ein transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln hilft, Misstrauen abzubauen und Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken.

Die AfD fordert eine Veröffentlichung von Daten und Informationen aus Politik und Verwaltung zur freien Nutzung unter der Wahrung von Persönlichkeitsrechten. Die Daten sollen auf Webseiten oder über internetbasierte Datenschnittstellen nach Berliner oder Hamburger Vorbild verfügbar gemacht werden, wobei interoperablen, offenen Lizenzmodellen der Vorzug zu geben ist. Nichtveröffentlichung von Daten oder Informationen soll auf Datenschutzebene begründet werden müssen.

Darüber hinaus fordern wir entgeltbefreite Lehrmaterialien, die freie Veröffentlichung von Forschungsdaten und -ergebnisse sowie die vollständige Veröffentlichung von Haushaltsdaten. Hierzu gehört auch die genaue Darstellung der Sach- und Personalausgaben für die jeweiligen Verwaltungsdienstleistungen.

Wir fordern die Abschaffung der GEZ-Gebühren. Wir wollen den Einfluss der Politik auf den öffentlichen Rundfunk reduzieren und setzen uns für einen Rundfunk ein, der ausschließlich der Öffentlichkeit verpflichtet ist. Einen Rundfunk als Sprachrohr der etablierten Parteien lehnen wir ab.

Wir fordern, dass die Landesmedienanstalt Sachsen-Anhalt zukünftig ihre Finanzierung offenlegt und einen Geschäftsbericht auf einer Webseite veröffentlicht. Erst mit der Veröffentlichung eines Geschäftsberichts werden Finanzen und Aufgabenerfüllung der Landesmedienanstalt für die Öffentlichkeit transparent.

#### *5.4.5 Handlungsschwerpunkt Partizipation*

Durch Transparenz im staatlichen Handeln werden Potentiale für eine politische, gesellschaftliche und soziale Gemeinschaftsarbeit freigesetzt. Wir fordern, dass Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft dialogorientiert in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Der Dialog mit Politik und Verwaltung, wie etwa Volkspetitionen, Volksbegehren oder Volksabstimmungen muss zukünftig mit Hilfe moderner und manipulationssicherer Medien vereinfacht werden.

Wir fordern den Ausbau von offenen und sicheren Zugangskanälen zu Verwaltungsdienstleistungen unter Berücksichtigung aktueller Technologien, insbesondere des Internets. Um den hohen Sicherheitsanforderungen in den Verwaltungen gerecht zu werden, setzt sich die AfD dafür ein, bei der Beschaffung von IT-Technologie vorrangig auf offene Lizenzmodelle zu setzen.

Mit Hilfe eines elektronischen Bürgerkontos soll zukünftig jeder Bürger Sachsen-Anhalts in der Lage sein, mit dem Dienstleistungsportfolio der Behörden zeitunabhängig in virtuellen Räumen zu interagieren. Im Vorfeld konkreter Rechtssetzungsvorhaben können beispielsweise Bürger in die politische Willensbildung mit einbezogen werden.

#### *5.4.6 Handlungsschwerpunkt Subsidiarität*

Sowohl die europäische Einigung, als auch die Reichweite des Staates im Innern auf allen Ebenen, insbesondere gegenüber dem Bürger, ist nach dem Prinzip der Subsidiarität zu gestalten. Dieses besagt, dass übergeordnete gesellschaftliche bzw. staatliche Einheiten nur solche Aufgaben übernehmen sollen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten nicht in der Lage sind. Es dient der Freiheit, der Verantwortlichkeit und der Wirtschaftlichkeit gleichermaßen.

# Wahlaufruf

Die Alternative für Deutschland in Sachsen-Anhalt stellt sich Ihnen am 13. März 2016 zur Landtagswahl. Sie will eine politische Alternative zur Politik der etablierten Parteien in Sachsen-Anhalt bieten. Mit unserem Landtagswahlprogramm „**Mut zu Sachsen-Anhalt**“ zeigen wir Ihnen, wie wir die Zukunft unseres Landes gestalten, die Lebensqualität erhöhen und den Zusammenhalt in unserer Bevölkerung stärken wollen.

Unser Wahlprogramm ist eine gesellschaftspolitische Alternative zu der konturlosen Politik der etablierten Parteien. Wir wollen Staat und Gesellschaft dezentral, subsidiär und basisnah gestalten und dadurch die Bürgerschaft stärken.. Wir wollen, dass Sie in Sachsen-Anhalt sicher und frei leben können! Unterstützen Sie unsere Politik! Wählen Sie am **13. März 2016** die Alternative für Deutschland!